

**„Unser Land habt ihr –
aber uns habt ihr noch lange nicht!“**

(Zitat von Falco Werkentin)



**Zum Gedenken an den 17. Juni 1953 in Jessen –
auch ein Bauernaufstand gegen die Zwangskollektivierung**

DBB



Gedenkstein in Kyritz

Herausgeber:
Deutscher Bauernbund e.V.
Adelheidstraße 1
06484 Quedlinburg

Tel: 03946 / 70 89 06
Fax: 03946 / 70 89 07
bauernbund@t-online.de
www.bauernbund.de
Stand: 17. Juni 2018

Broschüre wurde erstellt mit freundlicher
Unterstützung der

Landwirtschaftlichen Rentenbank
www.rentenbank.de



IMPRESSUM

Herausgeber: Deutscher Bauernbund e. V., Adelheidstraße 1, 06484 Quedlinburg
Fotos: Deutscher Bauernbund (Broschüre 2003 und 2010)

INHALT

Grußwort	5
Kurt-Henning Klamroth, Präsident des Deutschen Bauernbundes	
Grußwort	7
Dr. Willi Polte, Alt-Bürgermeister Magdeburg	
Eigentümer sind zu Arbeitnehmern gemacht worden	9
Rede von Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, am 25. April 2010 in Kyritz	
Arbeiter- oder Bauernaufstand?	14
Der 17. Juni im ländlichen Raum <i>Von Falco Werkentin anlässlich der Gedenkveranstaltung am 17. Juni 2003 zum 50. Jahrestag</i>	
Unser Land habt Ihr - uns habt Ihr noch lange nicht	23
Beitrag des Historikers Falco Werkentin über den bäuerlichen Widerstand gegen die Zwangskollektivierung auf der Podiumsdiskussion am 25. April 2010 in Kyritz	
Der Bauernaufstand von Jessen	31
Zeitzeugen	36

Grußwort

von Kurt-Henning Klamroth
Präsident Deutscher Bauernbund e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus dem Sein die Probleme der Zukunft mit Sachverstand und moralisch treu zu bearbeiten, ist nur möglich, wenn die Erkenntnisse aus der Geschichte resultieren.

Am 17. Juni 2018 jährt sich zum 65. mal der Gedenktag des Volksaufstandes auf dem Gebiet der ehemaligen DDR.

Langläufig ist die Meinung vertreten, dass dieser Volksaufstand sich in der Hauptsache auf Intellektuelle und die Arbeiterschaft bezogen hat.

Oftmals verkannt wurde die große Betroffenheit der mitteldeutschen Bauernschaft.

Die Herrscher von damals haben sich neben ihrer Machtausübung auf russische Panzerrohre, vor allem eben auch auf das bewusste Ausnutzen menschlicher Schwächen bezogen - des Schüren von Hass, Neid, Missgunst; es wurde denunziert und verleumdet und in der Folge nicht selten geplündert. Viele der betroffenen Bauern gingen in den Freitod und andere flohen mit ihren Familien in den Westen.

Die überwiegende Anzahl aber beugte sich der Übermacht und getreu den leninschen Grundprinzipien zur Kollektivierung der Landwirtschaft kam es zur direkten Proletarisierung der Bauernschaft.

Der Deutsche Bundestag, 3. Wahlperiode, nahm in der 108. Sitzung (stenographischer Bericht) am Mittwoch, dem 6. April 1960 dazu in eindeutiger Weise Stellung.

Der amtierende Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Carlo Schmid (SPD) erklärte vor dem Eintritt in die Tagesordnung:



„ ... Drüben, jenseits des Eisernen Vorhanges geht jetzt ein neues Bauernlegen zu Ende. Man sagt dem Betroffenen, man sagt uns, was getan werde, geschehe aus wirtschaftlichen Gründen, es sei ein Stück Rationalisierung der Landwirtschaft. In Wirklichkeit handelt es sich um etwas ganz anderes ... Denn die hier ihre Höfe verlieren, bringen kein freiwilliges Opfer für das Gemeinwohl, das den Menschen erhöht, sondern werden schlicht erpresst. Das Böseste daran aber ist, dass man so tut, als freuten sie sich über die neue Ordnung. Zur Gewalt fügt man die Lüge, und man will das Volk zwingen, diese Lüge für die Wahrheit zu halten. Was hier geschieht, erfüllt uns alle mit Trauer, denn es stirbt am Baume unseres Volkes ein wichtiger Zweig ab ... "

Für die Bundesregierung erklärte Bundesminister Ernst Lemmer (Mitbegründer der Ost-CDU)

„Wenn das Regime Ulbrichts glaubt ... dass wir entmutigt werden müssten, die Sache der deutschen Wiedervereinigung noch zu verfolgen ... so darf ich abschließend für die Bundesregierung ... erklären, dass diese Barrieren hinweggefegt werden an dem Tage, an dem wir Deutschen endlich von dem Recht der Selbstbestimmung werden Gebrauch machen können.“

Das Protokoll verzeichnet „allgemeiner lebhafter Beifall“.

Der legendäre Edmund Rehwinkel, Präsident des deutschen Bauernverbandes, setzte sich nachdrücklich für individuelle Freiheit, wirtschaftliche Effizienz und Wohlstand ein.

Beide Politiker haben ausgesprochen, was der sehnlichste Wunsch vieler Kinder der zwangskollektivierten mitteldeutschen Bauern war, nämlich wieder als freier Bauer auf freier Scholle eigenverantwortlich zu wirtschaften und natürlich war auch der Wunsch nach einer zumindest teilweisen Wiedergutmachung des erlittenen Unrechts vorhanden.

Meine Gefühle an einem solchen Tag sind gespalten:

Zuerst einmal empfinde ich eine tiefe Trauer, wenn ich an das Vergangene denke.

Wir haben es in der eigenen Familie erleben müssen. Mein Großvater saß zwei Jahre im Zuchthaus mit der Urteilsbegründung, ein Freund der so genannten Adenauer-Clique zu sein.

Zum anderen überkommt mich der heilige Zorn, wenn ich erleben muss, wie mit den Mitteln der Geschichtsverklärung flächendeckend eine DDR-Nostalgie Raum greift.

Zum dritten empfinde ich aber vor allem große Freude, dass wir seit fast dreißig Jahren in unserem vereinigten, rechtstaatlichen,

demokratischen Vaterland leben dürfen. Und es macht mich glücklich, dass heute etwa die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den neuen Bundesländern wieder von freien Bauern bewirtschaftet wird, die mit Mut und Beharrlichkeit, und oftmals auch unter kräftiger Zuhilfenahme der Ellenbogen ihre Betriebe wieder aufgebaut haben, und in der großen Mehrzahl heute auf ihre wirtschaftlich gesunden landwirtschaftlichen Betriebe stolz sein können.

Das soll auch ein Trost für die noch Lebenden der von der Zwangskollektivierung unmittelbar Betroffenen sein.

Bleibt die Hoffnung, dass den gegenwärtigen negativen Entwicklungen in der Agrarstruktur entgegen gewirkt wird und die politischen Rahmenbedingungen so ausgestaltet werden, dass sich wettbewerbsfähige bäuerliche Familienbetriebe weiterentwickeln können.

Der Deutsche Bauernbund hatte bereits zum 50. Jahrestag in Jessen eine große Gedenkveranstaltung durchgeführt und auch zum 65. Jahrestag wollen wir mit unserer Gedenkveranstaltung ein Zeichen gegen das Vergessen und Schönreden setzen.

Ihr

Kurt-Henning Klamroth

Präsident Deutscher Bauernbund e.V.

Gegen Vergessen - aus Geschichte lernen!

von Dr. Willi Polte
Alt-Oberbürgermeister Magdeburg

Mit dem Ende des schlimmsten aller Kriege und der Überwindung der Nazi-Diktatur atmeten 1945 die Menschen auf und verbanden damit die große Hoffnung auf einen grundlegenden gesellschaftlichen Neubeginn.

Den gab es auch, allerdings sehr unterschiedlich, je nach dem in welcher Besatzungszone man lebte und sein Zuhause hatte.

Für den Bereich der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) war die Richtung der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung von vornherein klar.

Die so genannte „Gruppe Ulbricht“, nach Kriegsende aus dem sowjetischen Exil nach Deutschland zurückgekehrt, ging unter dem Schutz der sowjetischen Besatzungsmacht umgehend ans Werk, eine Diktatur nach sowjetischen Vorbild zu errichten.

Zu diesem Zweck wurde 1946 durch die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED eine so genannte Partei neuen Typus geschaffen.

Ziel war:

- kommunistische Kaderpartei im leninschen Sinne
- Avantgarde des Proletariats zur Schaffung der „Diktatur des Proletariats“
- absoluter Zentralstaat, versteckt hinter dem Begriff „demokratischer Zentralismus“

Damit einher ging die Gleichschaltung der Blockparteien CDU, LDPD, DBD, NDPD, d.h. ihr Fortbestand war an die Anerkennung der führenden Rolle der SED gebunden.



Damit wurden sie auf eine reine Alibifunktion reduziert und oftmals willige Erfüllungsgehilfen der wirklichen Machthaber.

Die niemals durch eine freie Wahl legitimierte und nur Dank des Schutzes durch die sowjetische Besatzungsmacht ermöglichte uneingeschränkte Machtausübung der SED führte 1952 im Rahmen einer SED – Parteikonferenz zu einem „Beschluss über den planmäßigen Aufbau des Sozialismus in der DDR“.

Damit war der Startschuss gegeben zur endgültigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gleichschaltung der DDR nach sowjetischem Vorbild.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft, die Bildung Volkseigener Betriebe (VEB) durch Enteignungen sowie die Umwandlung der Kasernierten Volkspolizei zur Nationalen Volksarmee (NVA) bildeten die ersten Vollzugsmaßnahmen.

Der Weg zur gewaltsamen Zerschlagung des freien Bauerntums und der freien Unternehmerschaft war vorgezeichnet.

Die nach Kriegsende in der SBZ und späteren DDR einsetzende Willkür- und Unrechtsherrschaft hatte schon früh zu einer verstärkten Fluchtbewegung in den Westen geführt.

Politische Verfolgungen, versperrte Bildungswege, Zwangsmaßnahmen zur Änderung der Eigentumsverhältnisse sowie die verloren

gegangene Hoffnung auf eine rechtsstaatliche demokratische Gesellschaftsordnung waren die Hauptmotive die engere Heimat zu verlassen.

Als Angehöriger des Jahrgangs 1938 und in einem sehr politischen Elternhaus Heranwachsender haben sich viele Geschehnisse des Krieges und der Entwicklung nach 1945 tief in mein Gedächtnis eingegraben.

1952 war mir der Weg zur Oberschule verwehrt, und so wurde ich Schlosserlehrling im väterlichen Betrieb. Zum Leistungsprofil des Betriebes gehörten u.a. Reparaturarbeiten für den landwirtschaftlichen Maschinenpark der Bauern meines Dorfes und der Nachbarorte. Dadurch habe ich hautnah den Kampf vieler Bauern gegen den Zwang zum Beitritt in eine Genossenschaft erlebt.

Zwei Bauern in unserer unmittelbaren Nachbarschaft hielten den Druck nicht aus und begingen Selbstmord, und drei Bauern verließen mit Ihren Familien Haus und Hof in Richtung Westen.

Der Widerstand und der Unwillen gegenüber der verfolgten SED-Politik entlud sich schließlich explosionsartig am 17. Juni 1953, und dieses Aufbegehren war der erste öffentliche Massenprotest im Machtbereich der Sowjetunion nach 1945.

Er war aber auch sichtbarer Ausdruck eines unzerstörbaren Willens zur deutschen Einheit.

Und dann mussten wir erleben, wie eine kommunistische Diktatur gesellschaftliche Probleme löst, nämlich durch Panzer!

Nach gleichem Muster wurde danach in Ungarn, in der Tschechoslowakei, in Polen und noch 1989 in China verfahren.

Das heutige Gedenken an den 17. Juni 1953 ist notwendiger Teil einer unverzichtbaren Erinnerungskultur.

Der Aufstand des 17. Juni war ein politisches Ereignis, auf das wir stolz sein können.

Deshalb sind wir es den Opfern und allen Menschen, die unter totalitären Systemen gelitten haben, schuldig, aus der Geschichte zu lernen.

Wer sich nicht mit der Geschichte seines Vaterlandes auseinandersetzt und daraus keine Erkenntnisse für das jeweils aktuell politische Handeln gewinnt, kann keinen Beitrag für eine gute Zukunft seines Landes leisten.

Deshalb hat der immer kleiner werdende Kreis der Zeitzeugen ein hohes Maß an Verantwortung, seine Erfahrungen mit zwei Diktaturen in Deutschland zu vermitteln und sich klar und eindeutig für unseren heutigen demokratischen Rechtsstaat einzusetzen.

Dr. Willi Polte

Eigentümer sind zu Arbeitnehmern gemacht worden

Rede von Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, am 25. April 2010 in Kyritz – Einweihung Denkmal

Herr Präsident Klamroth! Verehrte Frau Poppe!
Herr Bürgermeister!
Meine Damen und Herren Abgeordneten und
Stadträte!
Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Klamroth, ich habe mich von Ihnen überreden lassen, heute hier zu sprechen, weil ich selbst aus einer Landwirtschaft stamme und die Entwicklung und die damaligen Jahre, an die wir heute erinnern, selbst miterlebt und auch manche persönliche Erinnerung daran habe. Sie haben bereits einige historische Bezüge und Zusammenhänge erwähnt. Landwirtschaftspolitik ist schon seit langer Zeit ein nicht einfaches Politikfeld. Aber das, was wir in Deutschland erlebt haben, ist damals in der DDR mit anderen Argumenten geschehen, als sie uns heute vorgehalten werden.

Es begann damit, dass Wilhelm Pieck, der spätere Präsident der DDR, die Bodenreform verkündet hat. Fakt ist, dass die Alliierten noch vor Ende des 2. Weltkrieges beschlossen hatten, dass der Staat Preußen aufgelöst werden muss und die Länder neu zu strukturieren sind. Fakt ist, dass sie beschlossen hatten, die für die Rüstung notwendigen Großbetriebe, insbesondere die IG Farben, aber auch andere, zu zerschlagen. Fakt ist, dass die landwirtschaftlichen Flächen von Großeigentümern, die zu Beginn der 1930er Jahre im Zusammenhang mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten eine wichtige Rolle gespielt haben, zerschlagen werden sollten. Auf mehr konnten sich die ehemaligen Alliierten nicht einigen. Deshalb ist es dann den deutschen Ländern überlassen worden, wie eine solche Bodenreform durchzuführen ist.

Jeder, der in Geschichte ein wenig aufgepasst hat, weiß, dass es Bundesländer gab, die sich gar nicht darum gekümmert haben, dass es



Gedenkstein in Kyritz

Bundesländer gab, die das relativ großzügig gehandhabt haben, beispielsweise Nordrhein-Westfalen, und dass es in der sowjetischen Besatzungszone unter dem Einfluss der sowjetischen Besatzungsmacht in völlig anderer Weise umgesetzt wurde.

Wenn zum Beispiel Wilhelm Pieck hier in Kyritz gesagt hat, dass in zahllosen Bauern- und Landarbeiterversammlungen die Forderung nach der Enteignung des Großgrundbesitzes unter Zuteilung des dadurch frei gewordenen Bodens an die kleinen Bauern und Landarbeiter gestellt worden sei und sich die Provinzial- und Landesverwaltungen aufgrund dieser Forderungen der Landarbeiter in den einzelnen damals neu gegründeten Ländern entschlossen hätten, diese Bodenreform mithilfe einer Verordnung mit Gesetzescharakter durchzuführen, dann war das damals schon Geschichtsklitterung. Denn wir wissen, dass gewählte Vertreter der CDU unter dem Einfluss der SMAD (Sowjetische Militäradministration Deutschland) durch den Einsatz von militärischer Gewalt der Besatzungsmächte von ihren Funktionen einfach entbunden

worden sind, weil sie mit dieser Entwicklung nicht einverstanden waren. Wenn man heute zum Beispiel die Protokolle der Landtagssitzungen, auch aus Sachsen-Anhalt, aus der damaligen Zeit liest, dann kann man nachlesen, dass das außerordentlich umstritten war und dass selbst die Bodenreform unter dem Diktat der Besatzungsmächte in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführt worden ist.

Wahr ist aber auch, dass viele Flüchtlinge aus Schlesien und Ostpreußen, die alles verloren hatten, erst durch die Bodenreform hier wieder eine neue Heimat gefunden haben. Ich kenne nicht wenige, auch aus meiner eigenen Familie, aus Schlesien Vertriebene, die dann ein paar Hektar bekommen haben und angefangen haben, sich mühsam eine neue Existenz aufzubauen. Sie waren froh, dass sie wieder etwas zu essen und eine Aufgabe hatten. Sie glaubten, hier wieder eine Zukunft zu haben.

Diese Bauern waren es, die dann im Jahr 1952, nachdem das Zentralkomitee der SED beschlossen hatte, den Sozialismus aufzubauen, und in

den Folgejahren erfahren mussten, dass sie wieder alles abgeben sollten und dass sie sich zu Genossenschaften zusammenschließen mussten.

Das hat im Jahr 1953 auch auf den Dörfern zu erheblichem Widerstand geführt.

Aufgrund der Aufarbeitung der Ereignisse um den 17. Juni 1953 wissen wir ziemlich sicher, dass die Bauern in ca. 300 Gemeinden laut protestiert haben und dass es in ca. 114 Kleinstädten zu Bauerndemonstrationen im Zusammenhang mit dem 17. Juni gekommen ist.

Mein Patenonkel – er war damals Landwirt in einer kleinen Gemeinde im Kreis Görlitz – hat an diesem Tag nichts anderes gemacht, als dem Bürgermeister zu sagen, er solle jetzt endlich mit dieser Rederei aufhören.

Er hat dann zusammen mit einem Kollegen die DDR-Fahne vor dem Rathaus heruntergeholt und hat sie dem Bürgermeister in die Hand gedrückt und gesagt: Die kannst Du Dir mit nach Hause nehmen, die brauchen wir jetzt nicht mehr.



Dafür ist er zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Davon hat er neuneinhalb Jahre absitzen müssen. Als er dann schwerkrank entlassen wurde, hat er noch ungefähr acht Wochen gelebt, bis er an seiner Erkrankung verstorben ist. Das waren die ersten Anfänge dessen, was wir heute Zwangskollektivierung nennen.

Nach dem 17. Juni 1953 ist auch die SED zunächst zurückgeschreckt und wusste, dass sie mit dieser Methode nicht weiter erfolgreich sein würde. Ende der 1950er Jahre wurde dann der zweite Schub der Kollektivierung beschlossen, der dann mit ganz anderen, und zwar stringenteren Methoden durchexekutiert worden ist.

Ich kann mich noch gut erinnern, dass so genannte Arbeitervvertreter, Parteimitglieder aus den Betrieben, auf die Dörfer geschickt wurden und dort Agitationstrupps gebildet haben, die die Bauern überreden mussten.

Ich erinnere mich noch an so manches Gespräch, das ich zufällig miterlebt habe, und auch daran, dass einige von denen offensichtlich auch nicht so richtig überzeugt waren. Sie hatten von der Partei den Auftrag, das Dorf zu kollektivieren und erst dann wieder zurückzukommen.

Wenn das nach zwei bis drei Wochen immer noch nicht gelungen war, dann hatten einige langsam keine Lust mehr und wollten nach Hause. Wenn man heute hört, dass diese Kollektivierung eigentlich eine notwendige Maßnahme im Interesse der Bauern gewesen sein, weil sie es leichter haben sollten, dann ist das schlicht Geschichtsfälschung.

Natürlich war das Leben eines Kleinbauern ein hartes Leben. Das weiß jeder, der das miterlebt hat. Es gab keinen Urlaub und keinen freien Sonntag. Es musste auch am Wochenende gefüttert und gemolken werden und die Arbeit musste sich nach dem Wetter richten.

Das Wort „Acht-Stunden-Tag“ kannten wir nicht einmal. Durch die Verbesserung der Produktionsbedingungen hat sich auch einiges in der Arbeitsorganisation erleichtert.

Die Bildung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften hat dann auch das Zusammenleben auf den Dörfern verändert. Wenn man ehrlich ist, dann wird man das nicht wegdiskutieren wollen.

Wahr ist aber auch, dass das damals nicht die Argumentationsgrundlage für die Gründung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften war. Niemand hat damals gesagt: Lieber Bauer, wir machen das, weil wir wollen, dass es euch persönlich besser geht. Die Bauern selbst haben dies als eine schleichende Enteignung empfunden.

An dieser Stelle muss man ganz deutlich sagen, dass der Genossenschaftsgedanke missbraucht wurde. Genossenschaften sind an sich nichts Schlechtes. Dass man mit Kleinbetrieben bis zu 5 ha, wie sie nach der Bodenreform entstanden waren, keine moderne Landwirtschaft betreiben konnte, ist auch wahr. Das hat sich in vielen anderen Regionen der Welt gezeigt.

Bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde der Gedanke der Genossenschaftsbildung in der Landwirtschaft von Friedrich Wilhelm Raiffeisen entwickelt. Er hat damals Darlehnsvereine als Genossenschaften gegründet.

Er hat Vertriebs- und Verwertungsgenossenschaften für den Bauern gegründet. Er hat auf diese Weise – ohne das Eigentumsrecht überhaupt nur anzugreifen – eine Zusammenarbeit auf den Dörfern organisiert, die sich über lange Zeit in unterschiedlichster Form bewährt hat. Die Raiffeisenbanken, die es heute noch gibt, sind eine Folge dieser Entwicklung. Bereits im Jahr 1878 hat er eine Zeitschrift, das so genannte landwirtschaftliche Genossenschaftsblatt, herausgegeben, in der er für die Zusammenarbeit der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe geworben hat. Davon war bei der Kollektivierung in den Jahren 1959/1960 überhaupt keine Rede. Wer uns das heute einreden will, der liefert Argumente, an die damals niemand gedacht hat, und versucht, die Sache im nachhinein schön zu reden.

Ich habe mir die Bücher aus der damaligen Zeit noch einmal angeschaut, in denen diese Entwicklung begründet und beschrieben wurde. Als Erstes wurde die Einführung des Sozialismus auf dem Lande beschlossen.

Dazu gehörte als Ziel die Vergesellschaftung der landwirtschaftlichen Produktion.

Im Klartext die Enteignung der Besitzer.

Als Zweites ist von der Schicht der Genossenschaftsbauern die Rede, die sich – ich zitiere – „mit der Entwicklung der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft selbst weiterentwickelt und sich dabei der Arbeiterklasse immer mehr annähert.“ Ende des Zitats.

Das heißt, aus Besitzern sollten schlichte Arbeitnehmer werden. Sie können auch heute – die Bücher gibt es heute noch – nachlesen, dass die Gründung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften mit Unterstützung der Arbeiterklasse geschehen sei und die Landwirtschaftsbetriebe dadurch unter schöpferischer Anwendung der Prinzipien des Leninschen Genossenschaftsplanes gebildet worden seien. Das war der staatspolitische Hintergrund.

Jeder, der das miterlebt hat, weiß, dass es mit den Statuten Typ I begann. Dabei konnte man das eigene Vieh behalten. Nur die Produktion auf den Feldern wurde „vergenossenschaftlicht“.

Über den Typ II, den relativ wenige gemacht haben, ging es dann möglichst rasch zum Typ III, bei dem im Grunde genommen nur noch die staatlichen Direktiven umgesetzt wurden.

In den Büchern von damals können Sie nachlesen, dass dies als genossenschaftliche Demokratie bezeichnet wurde.

Meine Damen und Herren!

Genossenschaftliche Demokratie hieß, dass die Mitgliederversammlung – ich zitiere – „auf der Grundlage der Beschlüsse der SED beschließt“. (Zitat Ende)

Wenn jemand auf einer Versammlung – meine Eltern haben das miterlebt – sagte, das müssen wir bei uns aber nicht mitmachen, dann wurde

bestenfalls die Versammlung unterbrochen und beim nächsten Mal wurde durchexekutiert, was als Parteibeschluss vorgegeben wurde.

Das nannte man dann „Leitung nach den Prinzipien der sozialistischen Betriebswirtschaft“.

Es stimmt auch, dass die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vieles, von der Schaffung von Kindergärten bis hin zu anderen Einrichtungen, für die Dörfer getan haben.

Abführungen an den Staatshaushalt sowie die Investitionen, die notwendig gewesen waren, mussten vorher von der Staatlichen Plankommission genehmigt werden. Das verstand man unter der so genannten sozialistischen Demokratie. Das heißt, die Eigentümer sind zu Arbeitnehmern gemacht worden und der Staat bestimmte, was gemacht wird.

Das darf man auch heute nicht vergessen, wenn Einzelne daran interessiert sind, die ganze Sache nach dem Motto „die Bauern hatten es doch leichter und konnten sogar in Urlaub fahren“ ein wenig nostalgisch schön darzustellen versuchen. Das sind Vorteile, die ich nicht wegdiskutieren will, aber von denen ich sage, dass die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften deswegen nicht gegründet worden sind.

Weil die Bauern das ahnten, sind in dieser Zeit ca. 15.500 – so ist es geschätzt worden – Landwirte in den Westen geflüchtet. Rund 200 Bauern – die Zahl ist nicht sicher bewiesen – haben dem Druck dieser Agitation nicht standgehalten und Selbstmord begangen. Auch das gehört zur Geschichte der Gründung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

Rund 800 Landwirte und Bauern sind angeklagt und in öffentlichen Schauprozessen verurteilt worden. Alle Prozesse bezogen sich auf Vorwürfe, die die Partei vorgegeben hat.

Dabei konnte sie sich nicht nur auf Lenin beziehen, sondern auch auf Marx und Engels, die schon früher geschrieben hatten, dass dazu die Enteignung gehört und diese – ich zitiere – „nur mittels despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und die bürgerlichen

Produktionsverhältnisse geschehen kann“. Genau das ist gemacht worden, und zwar unter Hinweis auf die angeblichen Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus, in denen der Gemeinbesitz der Produktionsmittel als anzustrebendes Hauptziel bei dem Aufbau des Sozialismus dargestellt wird und ein Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft dadurch organisiert werden sollte, dass die Bauern selbst zu Arbeitnehmern werden.

Sie können schon in dieser Literatur nachlesen, dass man die Großbauern – ich zitiere – „beim ersten Anzeichen von Widerstand durch einen schonungslosen, vernichtenden Schlag ausschalten müsse“. Das sind die tatsächlichen Entwicklungsverhältnisse, die wir zu Recht beklagen.

Sie alle wissen, wie diese Entwicklung dann weiterging. Bereits am Ende der 1950er Jahre waren große Teile der Industrieproduktion, der Einzelhandel zu etwa 75 Prozent und die Verkehrseinrichtungen zu mehr als 95 Prozent verstaatlicht worden. Zuletzt sind die Hand-



werksbetriebe in den frühen 1970er Jahren mit der Gründung der Produktionsgenossenschaften verstaatlicht worden.

Zunächst hat die Zwangskollektivierung dazu geführt, dass die Einträge in der Landwirtschaft deutlich zurückgegangen sind und die DDR-Regierung erhebliche Probleme hatte, die Ernährung sicherzustellen.

Das hat sich dann in der Mitte der 1960er Jahre deutlich verbessert.

Aber auch im Jahr 1989 war die DDR-Landwirtschaft keine moderne Landwirtschaft.

Während in Westdeutschland auf hundert Industriearbeiter etwa zwei Arbeitskräfte in der Landwirtschaft kamen, waren es in der DDR neun Arbeitskräfte. Wir hatten dann bei der Reprivatisierung oder Neustrukturierung der Eigentumsverhältnisse erhebliche Probleme und mussten erhebliche Investitionen tätigen, um eine Landwirtschaft aufzubauen, die effektiv und international wettbewerbsfähig ist. Aber ich sage ganz deutlich – ich weiß, dass manche das anders sehen – dass wir das in den neuen Bundesländern geschafft haben. (...)

Ich denke, dass der damals amtierende Vizepräsident des Deutschen Bundestages Carlo Schmid (SPD) Anfang April 1960 im Deutschen Bundestag das, was geschehen ist, am Besten erklärt hat.

Er sagte: „Drüben, jenseits des Eisernen Vorhanges geht jetzt ein neues Bauernlegen zu Ende. Man sagt den Betroffenen und man sagt uns, was getan werde, geschehe aus wirtschaftlichen Gründen, es sei ein Stück Rationalisierung der Landwirtschaft. In Wirklichkeit handelt es sich um etwas ganz anderes, denn die, die ihre Höfe verlieren, bringen kein freiwilliges Opfer für das Gemeinwohl, das den Menschen erhöht, sondern werden schlicht erpresst. Das Böseste daran aber ist, dass man so tut, als freuen sie sich über die neue Ordnung. Zur Gewalt fügt man die Lüge und man will das Volk zwingen, diese Lüge für die Wahrheit zu halten. Was hier geschieht, erfüllt uns alle mit Trauer, denn es stirbt am Baum unseres Volkes ein wichtiger Zweig ab.“

Meine Damen und Herren!

Diesen wichtigen Zweig gibt es wieder und niemand kann uns heute zwingen, die Lüge von damals als Wahrheit zu begreifen, zu verstehen und zu interpretieren. Damit an diese Wahrheit erinnert wird, finde ich es gut, dass Sie sich als Verband entschlossen haben, an die damals Betroffenen mit einem Gedenkstein zu erinnern.

Vielen Dank.

Arbeiter - oder Bauernaufstand? Der 17. Juni im ländlichen Raum

von Falco Werkentin anlässlich der Gedenkveranstaltung am 17. Juni 2003 zum 50. Jahrestag

I. Einleitende Bemerkungen

Über Jahrzehnte wurde der 17. Juni 1953 in erster Linie als Arbeiteraufstand definiert und beschrieben. Und wer in den Wochen vor dem 17. Juni 2003 sich die großen Fernsehfilme zu den Ereignissen vor 50 Jahren angeschaut hat, wird in dem Eindruck bestärkt, dass offenbar im ländlichen Raum vor

50 Jahren Ruhe herrschte, während in den industriellen Ballungsgebieten und den Großstädten wütende und mutige Arbeiter auf die Straße gingen, um das SED-Regime zu stürzen.

Im Zentrum aller drei Fernsehfilme - sowohl in den beiden ARD-Produktionen „Tage des Sturms“¹ und „Zwei Tage Hoffnung“² als auch im ZDF-Doku-Drama „Der Aufstand“³ wird die spontane Rebellion in der DDR vor 50 Jahren als Arbeiteraufstand ins Bild gesetzt. Bauern und der ländliche Raum bleiben unerwähnt. Und ähnlich setzt es sich fort in Fernsehgesprächen mit Zeitzeugen und politischen Beobachtern der Ereignisse vor 50 Jahren.

War der ländliche Raum in diesem dramatischen Juni-Monat vor 50 Jahren tatsächlich befriedet? Hatten die Bauern, die kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden auf dem Lande keinen Anlass, gegen die Politik der SED zu rebellieren? Waren die Mitglieder der ca. 5.000 bis Juni '53 gebildeten Landwirtschaftlichen Genossenschaften (LPG) glücklich und zufrieden auf ihrem Wege in den sozialistischen Frühling? Oder waren die Menschen im ländlichen Raum nur ängstlicher als die Proletarier in den großen Städten?

Bilder - und insbesondere Fernsehbilder - können täuschen. Wenn, wie in Ost-Berlin am 17. Juni '53, ca. 100.000 bis 150.000 Menschen demonstrierend und protestierend auf den Straßen waren, so ergibt dies in der Tat ein beeindruckendes Bild.

Wenn in Jessen am 17. Juni 1.000 bis 1.800 Menschen demonstrierend und protestierend durch die Ortschaft ziehen, so ist das - mit Berlin verglichen - ein bescheidenes Häufchen. Doch bezogen auf die Bevölkerungsgröße der Orte haben sich in Jessen mit zu jener Zeit ca. 5.500 Einwohnern wenigstens 20 Prozent der Einwohner und Bauern aus der Umgebung an den Aktionen beteiligt, in Ost-Berlin mit ca. 1,5 Mio. Bewohnern hingegen nur ca. 10 Prozent der Bewohner. Und schließlich: in der Viersektorenstadt Berlin war es für westliche Kamerateams in Nähe der Sektorengrenze noch leicht, dramatische Filmaufnahmen von russischen

Panzern in Ost-Berlin zu machen, die dann um die Welt gingen. Doch welches westliche Kamerateam hätte auch nur eine Chance gehabt, russische Panzer in Jessen oder Rade aufzunehmen?

Um mich zu wiederholen: alte wie neu aufgenommene Bilder können täuschen, und eine der einfachsten Täuschungen liegt darin, dass die Bilder nicht von sich aus erzählen können, wie repräsentativ sie für die Ereignisse sind, die sie abbilden.

Ginge es darum, in den aktuellen Fernsehproduktionen zum 50. Jahrestag des 17. Juni ein repräsentatives Bild von Demonstrationen, Streiks und sonstigen Protestaktionen gegen die Politik der SED zu zeichnen, so müsste gerade der ländliche Raum ins Zentrum gerückt werden, denn hier herrschte im Juni 1953 alles andere als jene Friedhofsruhe, wie sie in unseren heutigen Medien dadurch suggeriert wird, dass es nahezu keine Berichte gibt über Proteste und Aktionen auf dem Lande.

Aktueller Stand der Forschung ist, dass die schriftlichen Nachlässe der DDR

- die Akten der SED, des MfS, der Volkspolizei, der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe etc. - mehr als 700 Ortschaften ausweisen, in denen es in den Juni-Tagen zu Protesten, Streiks und Demonstrationen kam, darunter 302 Ortschaften mit bis zu 2.000 Einwohnern und 114 Orte mit einer Einwohnerzahl zwischen 2.000 und 5.000 Einwohnern sowie schließlich 102 Orte, deren Einwohnerzahl zwischen 5.000 und 10.000 lag, wie z. B. Jessen/Elster.

D. h., wenn wir den ländlichen Raum auch nur beschränken auf Orte mit einer Einwohnerschaft bis zu 2.000 Bewohnern, so ereigneten sich in den Tagen um den 17. Juni '53 bereits ca. 43 Prozent aller Protestaktionen gegen die SED-Diktatur im ländlichen Raum.⁴ Zählt man Ortschaften bis

5.000 Einwohner hinzu, so wächst der Prozentsatz auf nahezu 60 %.

Es herrschte in dieser Zeit im ländlichen Raum also alles andere als Friedhofsruhe, obwohl die ländliche Siedlungsweise mit ihrer geringeren Bevölkerungsdichte und die Produktionsweise des bäuerlichen Familienbetriebes weit weniger Voraussetzungen bieten für schnell entstehende massenhafte Protest- und Widerstandsaktionen, verglichen mit städtischen, industriellen Ballungsgebieten.

Diese Aktionen im ländlichen Raum hatten ihre guten, der SED-Politik geschuldeten Gründe.

Die Arbeiter in den industriellen Ballungsgebieten kämpften gegen den von der SED verfügten Lohnraub, genannt Normerhöhung. Sie stritten auch - dies zeigen die politischen Forderungen nach Rücktritt der Regierung, nach freien Wahlen etc. - für demokratische Werte der Arbeiterbewegung.

Die Menschen im ländlichen Raum kämpften letztlich um weitaus mehr - sie kämpften um ihre traditionelle soziale Lebensweise: um den Erhalt bäuerlicher Familienbetriebe, um die Existenz als kleine, im ländlichen Raum verwurzelte Handwerks- und sonstige

Gewerbebetriebe, die häufig noch landwirtschaftliche Flächen als Nebenerwerb bewirtschafteten. D. h., sie kämpften gegen ihre von der SED spätestens seit der zweiten Parteikonferenz im Juli 1952 betriebene soziale Vernichtung.

Ob Arbeiter oder Bauer, Handwerker oder Händler: Der Gegner war derselbe; die ökonomischen Interessen und politischen Forderungen zum Teil identisch, zum Teil unterschiedlich. Am 17. Juni '53 verwirklichte sich jedenfalls im spontanen Aufstand gegen die SED jenes Propagandaideal der Partei, dem seit Jahren in den Blättern der SED und unzähligen Artikeln das Wort geredet wurde: das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern.

Da die Menschen im ländlichen Raum ihre eigenen Gründe hatten, gegen die Politik der SED Widerstand zu leisten und zu protestieren, bedurfte es auch nicht erst des Streiks (Ost-) Berliner Bauarbeiter, der über den RIAS in den späten Nachmittagsstunden des 16. Juni '53 bekannt wurde, um Bauern dazu zu bringen, ihrerseits eigene Formen des Widerstands zu entwickeln - und dies bereits vor dem über den RIAS gemeldeten Streik der Berliner am 16. Juni '53.

Anders gesagt: Dass in den industriellen Ballungsgebieten der DDR Arbeiter zu protestieren begannen, wird auch Menschen im ländlichen Raum ermuntert haben, offener und mutiger aufzutreten, wie Rudolf Hildebrand aus Rade und seine Freunde. Doch gab es längst vor dem 16. oder 17. Juni '53 Anlässe und Zeichen des Widerstands im ländlichen Raum, die völlig unabhängig waren von den Aktionen der Industrie- und Bauarbeiter.

II. SED-Landwirtschaftspolitik - Die Ursachen bäuerlichen Protestes

Die DDR nannte sich "Der erste Arbeiter- und Bauernstaat" auf deutschem Boden,

- in der Staatsflagge der DDR war - neben dem Hammer als Symbol für die Arbeiterschaft - auch ein Ährenkranz als bäuerliches Symbol abgebildet;

- seit den frühen 50er Jahren wurde in der offiziellen Geschichtspromaganda an die Bauernkriege erinnert und der Kampf der Bauern gegen die Junker und Landadligen dem so genannten revolutionären Erbe der SED zugeschlagen - und insbesondere im thüringischen Städtchen Mühlhausen, in dem der Bauernführer Thomas Müntzer lebte, wurde alsbald in Museen der Bauernkriege erinnert.

Dies sieht alles danach aus, als wäre die DDR tatsächlich ein Staat der Arbeiter und Bauern gewesen, wie die SED-Promaganda unermüdlich verkündete.

Doch der 17. Juni in den Städten - und der 17. Juni auf dem Lande - zeigten, dass dieses neue Gebilde weder ein Staat der Arbeiter noch ein Staat der werktätigen Bauern war.

Was hatte sie - die Bauern - nach wenigen Jahren der SED-Herrschaft so aufgebracht, dass sie in den Tagen um den 17. Juni herum auf die Dorfstraßen und Straßen benachbarter Städte gingen, um den Sturz von Walter Ulbricht und freie Wahlen zu fordern? Und dies auch und gerade - neben Jessen - in Mühlhausen, wo die SED glaubte, ihnen mit den Erinnerungsstätten an die Bauernkriege gerade ein Denkmal gesetzt zu haben?

Die SED hatte begonnen, einen prinzipiellen Angriff gegen das Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebes zu führen; es ging der SED letztlich um die soziale Liquidierung eines bereits von Karl Marx verächtlich gemachten, in seinen traditionellen Bindungen und Werten als fortschrittsfeindlich eingeschätzten sozialen Standes.

Eingeleitet wurde diese Politik mit der so genannten Bodenreform in den Jahren 1945/46 - so meine These. So notwendig es in der

sowjetischen Besatzungszone wie auch in den westlichen Besatzungszonen war, für die Heimatvertriebenen Bauern - oder Umsiedler, wie der damalige offizielle Begriff hieß - neues Land zur Bewirtschaftung zu finden, so sehr bereitete die Bodenreform bereits die ab 1950/52 beginnende Kollektivierung der Landwirtschaft vor. Meine These ist, dass die ökonomisch widersinnige, extrem kleinräumige Parzellierung des Bodenreformlandes die Neubauern in den Ruin führen sollte, um bei ihnen zum einen sozialen Neid gegen die Altbauern zu entfachen. Zum anderen aber sollte wohl die Erfahrung der Neubauern, dass ihre kleinen Flächen bäuerlichen Familienbetrieben keine Überlebenschance gaben, sie davon überzeugen, dass sie nur in sozialistischen Landwirtschaftsgenossenschaften eine Überlebenschance hätten. Sehr viele Neubauern gaben sehr schnell wieder auf und verließen ihre Höfe; und es waren Neubauern, die im Sommer '53 die ersten LPGs bildeten.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit war der Druck auf die Bauern, die Stadt zu ernähren, ohne dass die Stadt für die Bauern adäquate Gegenleistungen erbrachte, besonders groß. Begonnen hatte dies allerdings nicht erst 1945, sondern es setzte sich nur fort, was bereits die Nazis mit ihrem Kriegswirtschaftsregime, d. h. mit Festpreisen, Anbau- und Ablieferungspflichten, systematisiert hatten. 1945 war zwar der Nazi-Spuk vorbei - für die Bauern nicht vorbei war deren Kriegswirtschaftsregime mit Festpreisen, Anbau- und Ablieferungspflichten - ein für diktatorische Regime typischer Versuch, die Versorgung der Stadt auf Kosten des Landes zu erreichen, ohne dass das Land für seine Leistungen aus der Stadt gleichwertige Güter erhält.

Das SED-Regime verlängerte bis Ende der 50er Jahre faktisch das Kriegswirtschaftssystem der Nazi-Zeit, auch wenn sich im Laufe der Jahre die Etiketten veränderten. Verurteilungen nach den Kriegsstrafverordnungen aus der NS-Zeit gab es bis 1948. Befehle der sowjetischen Besatzungsmacht gegen die so

genannte Sabotage der Bauern und die 1948 in Kraft getretene Wirtschaftsstrafverordnung in der SBZ, nach der nun Bauern bei Nichterfüllung ihrer Ablieferungspflichten verurteilt wurden, gaben aus der Perspektive der Altbauern der alten Sache wohl nur einen neuen Namen. Auf dieser Ebene der Behauptung unmittelbarer materieller Interessen der Bauern gegen staatliche Eingriffe wehrte sich der ländliche Raum zwischen

1939 und 1960 kontinuierlich gegen Gleiches mit gleichen Mitteln - so unter anderem mit dem Mittel der „Schwarzschlachtere“ und vielfältigen Versuchen, auf dem Schwarzmarkt für die eigene Arbeit adäquate Gegenleistungen von der Stadt zu bekommen. Dies führte bereits vor 1948 zu zahlreichen Prozessen gegen Bauern und ist im Übrigen ein altes Problem der Agrargeschichte und des konfliktgeladenen Verhältnisses von Stadt und Land.

Die zweite Phase der SED-Agrarpolitik begann 1948. Nun führte die SED einen verstärkten Klassenkampf gegen sog. Großbauern. Sie wissen: unabhängig von regional unterschiedlichen ländlichen Selbsteinschätzungen und sozialen Zuordnungen und unabhängig von der Bodenqualität wurden pauschal alle Bauern mit Höfen ab 20 ha Nutzfläche als Großbauern definiert. Allein schon durch die Hofgröße bedingt, war es in erster Linie ein Kampf gegen die Altbauern im Dorf, die im Schnitt dank ihrer Erfahrung, der besseren Ausstattung mit Betriebsmitteln etc. die ökonomisch erfolgreichsten Höfe führten. Mit dem Instrumentarium der Steuerpolitik und zu Lasten sog. Großbauern gehender, nach Hofgrößen gestaffelter Ablieferungspflichten sowie einer an Hofgrößen orientierten unterschiedlichen Versorgung mit Betriebsmitteln wie Saatgut, Dünger, landwirtschaftlichen Maschinen, Krediten etc. versuchte die SED, zunächst diese so genannten Großbauern in die Knie zu zwingen⁵. Die SED leitete damit die erst mit dem Bau der Mauer zwangsweise endende Fluchtwelle von Bauern ein.

Ein weiteres Instrument des Klassenkampfes auf dem Dorfe war die Zerschlagung

gewachsener ländlicher Formen genossenschaftlicher Selbsthilfe und Selbstorganisation der Altbauern - zu nennen sind hier z.B. die Zerschlagung traditioneller Tierzuchtverbände und die Auflösung des Raiffeisen-Genossenschaftssystems im Wege einer ganzen Serie von Schauprozessen und dessen Ersetzung durch die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdGB). Dies hatte seine Parallele in der Zerschlagung betrieblicher Selbstorganisationen der Arbeiterschaft: den Betriebsräten, und deren Ersetzung durch von oben eingesetzte Betriebsgewerkschaftsleitungen ab 1948. Ob in Stadt oder auf dem Land - gewachsene Formen autonomer gesellschaftlicher Selbstorganisation standen dem Herrschafts- und Gestaltungsanspruch der SED radikal entgegen und wurden seit 1948 durchgängig zerschlagen.

Die Installation des neuen Grenzregimes im Sommer 1952 war im grenznahen ländlichen Raum begleitet von Zwangsumsiedlungen von Altbauern - ein Instrument, auf das auch nach dem Bau der Mauer erneut zurückgegriffen wurde, so dass nicht nur in den Jahren 1945/46 mit der Bodenreform und der Ansiedlung von Flüchtlingen sich das soziale Beziehungsgeflecht auf dem Lande zu Lasten der alten Bewohner veränderte, sondern sich dieser Prozess auch in den Folgejahren fortsetzte.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1952 begann die SED mit ihrer Kampagne "Industriearbeiter auf's Land", um den Kollektivierungsprozess auf dem Lande zu befördern. Nach der Bodenreform der Jahre 1945/46 und der Ansiedlung so genannter Umsiedler war dies ein weiterer Schritt, um über Jahrhunderte gewachsene soziale Beziehungen auf den Dörfern durch eine gezielte soziale Durchmischung der Dorfbewohner bewusst aufzulösen.

Ich betone diese massiven Veränderungen der sozialen Struktur im ländlichen Raum so stark, weil wir aus der Widerstandsforschung wissen, dass zu den wichtigsten Voraussetzungen für die

Widerstandsfähigkeit gegen diktatorische Regime die Existenz langjährig gewachsener traditioneller Gruppen- und Sozialbeziehungen zählt - sei es auf Grundlage kollektiver Interessen, sei es auf Grundlage religiöser und sonstiger Traditionen. Die durchgreifende Veränderung der Bevölkerung im ländlichen Raum der SBZ/DDR in ihren frühen Jahren muss für den sozialen Zusammenhalt auf dem Lande und für die Fähigkeit zum Widerstand nachhaltig negative Wirkungen gehabt haben.

Gleichwohl: trotz dieser ungünstigen Voraussetzungen kam es bereits vor dem 17. Juni 1953 im ländlichen Raum zu spontanen Formen kollektiven Widerstands.

Zum Beispiel in Dähre bei Salzwedel. Dienstag, 11. Dezember 1951, Berlin: Das Politbüro der SED fällt einen "Beschluss über die unverzügliche Aufholung der Rückstände in der Erfüllung der Erfassungspläne für landwirtschaftliche Erzeugnisse"⁶.

Mittwoch, 19. Dezember, 8 Uhr, Salzwedel: Sachsen-Anhalts Landwirtschaftsminister Willi Maikath, SED, eröffnet eine Sitzung, um Maßnahmen zu besprechen, durch die die Ablieferungsprobleme im Kreise gelöst werden sollen. Dabei legt er fest, dass noch am selben Tag zwei Prozesse gegen Großbauern zu führen seien, und benennt die Abzuurteilenden.

Gegen 12 Uhr werden diese Bauern verhaftet. Gegen 13 Uhr wird Staatsanwalt Schulze instruiert, dass er noch am selben Tag in Dähre einen Prozess zu führen habe. Gegen 14.30 Uhr wird Amtsrichter Scharper telefonisch verständigt, dass er am Abend in Dähre für einen Prozess zur Verfügung zu stehen habe.

Gegen ca. 18.40 Uhr treffen der Amtsrichter und der Staatsanwalt in Dähre ein. Gegen ca. 19.30 Uhr beginnt im Schulgebäude die Verhandlung vor ca. 30-40 Dorfbewohnern. Doch die agitatorische Botschaft der Inszenierung kommt

bei den Zuschauern nicht an, es kommt zu Unmutsäußerungen.

In einem Bericht über diesen Prozess ist zu lesen: "Die herangezogenen Sachverständigen bestätigten fast durchweg, dass Bauer F. in der Vergangenheit ein guter Ablieferer war und dass die rückständigen Ablieferungsmengen das Resultat der bereits angeführten Schäden ist."⁷

Gegen 20.30 Uhr verkündet der Richter das Urteil. Bauer F. erhält 1½ Jahre Haft - und 1.000 DM Geldstrafe; sein Hof wird enteignet. Vor dem Schulhaus haben sich inzwischen ca. 60-80 Bewohner Dähres versammelt, die erregt die Freilassung des Bauern fordern.⁸ Die Menge bedrängt die Volkspolizisten und befreit schließlich den Verurteilten, der umgehend in den Westen flieht.

Im Juni 1952 spricht das BG Magdeburg gegen vier Bewohner Dähres, die sich an der Befreiung beteiligt hatten, Haftstrafen zwischen sechs Monaten Gefängnis und dreieinhalb Jahren Zuchthaus aus.

Eine andere Form solidarischen Widerstands gab es im Orte Wegeleben. Betrübte musste z. B. die SED-Landesleitung Halle im Februar 1952 der Berliner Parteizentrale melden: "Im Zuge der Durchführung des Ministerratsbeschlusses zur restlosen Erfassung pflanzlicher und tierischer Produkte wurde ein Prozess gegen den Großbauern Brinkmann in Wegeleben (...) durch die Vertreter der Landesregierung angesetzt (...).

Als die Bevölkerung in Wegeleben von der Durchführung eines solchen öffentlichen Prozesses in ihrer Gemeinde erfuhr, brachte sie in einer Solidaritätsaktion sämtliche fehlenden Produkte für den Großbauern auf. Der Prozess fand daher nicht statt."⁹

Auch während der mit dem neuen Grenzregime vom Sommer 1952 verbundenen Zwangsumsiedlungen kam es vereinzelt zu handgreiflichen Aktionen seitens ländlicher Handwerker und Bauern gegen die Volkspolizei.

Zum Beispiel Streufdorf, Kreis Hildburghausen

In dieser Ortschaft fühlten die Zwangsumsiedlungen zu einem spontanen "Bündnis der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauern" von ganz anderer Qualität, als die SED-Propaganda diese Bündnisse beschrieben hatte. Auskunft gibt ein Urteil des I. Strafsenats des Bezirksgerichts Suhl vom September 1952. Es galt einem Bauern, zwei in volkseigenen Betrieben beschäftigten Handwerkern sowie zwei kleinen selbstständigen ländlichen Gewerbetreibenden (einem Schneidermeister und einem Möbeltischler). Sie hatten spontan versucht, Widerstand gegen die Zwangsumsiedlungen zu leisten. Und nicht nur sie, wie dem Urteil zu entnehmen ist:

"Während die Masse - der auch davon betroffenen - Werktätigen diesen Maßnahmen unserer Regierung das größte Verständnis entgegenbrachte, kam es in einigen Orten zu Provokationen gegen unsere Volkspolizei und die zur Aufklärung der Bevölkerung eingesetzten Instrukteure in erheblichem Ausmaß ...

Es wurden Volkspolizisten beschimpft und gefährlich bedrängt, Instrukteure blutig geschlagen, Barrikaden gebaut, um den Abtransport der zur Umsiedlung Bestimmten zu verhindern, LKWs angehalten und wieder abgeladen und ähnliche Provokationen bewerkstelligt."¹⁰

Mit einem Urteil, das die Beschuldigten für drei bis acht Jahre ins Zuchthaus schickte, versuchte das Bezirksgericht Suhl, solcherart Bündnisse fortan zu unterbinden. Doch eine solche Urteilspraxis führte in den Tagen um den 17. Juni 1953 in vielen Orten erneut Bauern und Arbeiter zusammen.

Spätestens seit der zweiten Parteikonferenz im Sommer 1952 und der Gründung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften begann die 3. Phase der Kollektivierung, die bis 1959 reichte. So wie die SED insgesamt den Kampf gegen selbstständige Produzenten und Gewerbetreibende nach der 2. Parteikonferenz bis zum Neuen Kurs vom Juni 1953 radikalisierte, so auch gegen Bauern, kleine Handwerker und Gewerbetreibende im

ländlichen Raum. Die Zahl der Häftlinge in den Gefängnissen der DDR stieg zwischen Juli 1952 und Mai 1953 um mehr als 32.000 Häftlinge auf ca. 67.000, darunter bis zu 10.000 Bauern. Zudem muss der in dieser Zeit radikalisierte Kirchenkampf der SED gerade auf dem Lande mit den dort vorhandenen, besonders engen kirchlichen Bindungen ein weiteres Element gewesen sein, das die Bevölkerung in Widerspruch zur SED trieb.

III. Der 17. Juni auf dem Lande

Vor diesem Hintergrund ist es kaum noch überraschend, dass in dem Moment, als die SED mit dem am 10. Juni 1953 verkündeten Neuen Kurs ihre Schwäche zeigte, nicht nur in den industriellen Ballungsgebieten, sondern gerade auch auf dem Lande die Menschen mutiger wurden, offen ihre Ablehnung des SED-Regimes kundtaten.

Unabhängig von den Entwicklungen in industriellen Ballungsgebieten zeugen unzählige Berichte aus dem Aktenbestand der ehemaligen DDR davon, dass Bauern den so genannten Neuen Kurs als Bankrotterklärung der SED begriffen, neue Hoffnung schöpften - seit dem 11. Juni 1953 in spontanen Versammlungen in den Dorfgasthäusern freie Wahlen und den Rücktritt der Regierung forderten und das Deutschlandlied sangen.

Wie eingangs bereits erwähnt, kam es in mehr als 300 Ortschaften der DDR mit einer Bevölkerung unter 2000 Einwohnern in den Tagen um den 17. Juni zu demonstrativen Aktionen gegen das

SED-Regime. Und häufig entwickelte sich in diesen Tagen auf dem Lande jenes Bündnis "werktätiger Bauern" mit der Arbeiterklasse, welches die SED seit 1945 propagiert hatte. Doch richteten es sich nun gegen die SED.¹¹

In Jessen/Elster kam es, neben Mühlhausen, wo sich am 17. Juni ca. 2.500 Bauern aus den umliegenden Dörfern auf dem Untermarkt versammelten, zu einer der größten Demonstrationen im ländlichen Raum. Wie Rudolf

Hildebrand berichtet hat, versammelten sich am späten Abend des 16. Juni 1953 im Pferdestall des Bauern Hans-Dieter Henze in Rade die Landwirte Rudolf und Waldemar Hildebrand, Ulrich Knieling und eben Hans-Dieter Henze. Ermutigt durch die Meldungen des Westberliner Senders RIAS über die Streiks und Demonstrationen in Ostberlin beschloßen sie, für den nächsten Morgen zur Bauerndemonstration in Jessen aufzurufen. Noch in der Nacht fuhren die vier in umliegende Dörfer, um unter befreundeten Bauern dafür zu werben.

Ab 8 Uhr versammelten sich am 17. Juni auf dem Markt in Jessen die ersten Bauern aus den umliegenden Dörfern. Bald wuchs die Zahl der Demonstrierenden, zu denen sich Bewohner Jessens gesellten, auf 800 und mehr an. In einem Bericht der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdGB) wird gar von „1.800 Randalierern“ gesprochen. Rudolf Hildebrand wurde zu ihrem Sprecher. Er forderte vom örtlichen Staatsanwalt die Freilassung unschuldig inhaftierter Bauern und Bäuerinnen und die Aufhebung des Schlachtverbots.

Die Staatsmacht gab nach. Mit einem Lkw wurden aus Herzberg 20 bisher inhaftierte Bauern abgeholt und auch aus dem Cottbusser Gefängnis kamen zirka 20 Freigelassene.

Am Nachmittag des 17. Juni trafen sie unter großem Jubel in Jessen ein. Wie die inzwischen berühmten Fotos vom Demonstrationszug in Jessen zeigen, wurden ausdrücklich aber auch politische Forderungen erhoben wie:

„Freie und geheime Wahlen in ganz Deutschland

Wir wollen Frieden

Wir fordern die Absetzung der Kreisleitung

Wir fordern Freilassung der Bauern“.

Doch am späten Nachmittag wurde auch in Jessen, wo es eine kleine sowjetische Garnison gab, der Ausnahmezustand erklärt. Gegen 15.30 Uhr trafen sowjetische Panzer ein. Sie rollten selbst in die Dörfer der Umgebung. Unter ihrem Schutz wurden Plakate, die den Ausnahmezustand

verkündeten, an den Hoftoren angebracht. Die Brüder Hildebrand und Dieter Henze versteckten sich rechtzeitig und kamen erst nach Wochen auf die Höfe zurück. Sowjetische Offiziere hatten zwischenzeitlich ihren Angehörigen versprochen, dass sie nicht verhaftet würden, wie Rudolf Hildebrand berichtet hat. Der mitbeteiligte Bauer Knieling hingegen wurde noch in der Nacht des 17. Juni verhaftet.

In anderen Ortschaften begann der ländliche Protest bereits früher, zum Beispiel im thüringischen Kreis Apolda in Eckolstädt - ein Dorf mit ca. 500 Einwohnern.¹² Hier kam es auf Initiative des dort seit 1922 tätigen Pfarrers Edgar Mitzenheim am Abend des 13. Juni zu einer Einwohnerversammlung, an der 250 bis 300 Personen teilnahmen, d. h. mehr als die Hälfte der gesamten Einwohnerschaft. Schließlich wurde bei wenigen Gegenstimmen eine von Pfarrer Mitzenheim formulierte umfangreiche Resolution verabschiedet, in der der Rücktritt der Regierung und freie Wahlen, die "unbedingte Gleichberechtigung aller landwirtschaftlichen Betriebsformen", "die Wiedergutmachung des der Bauernschaft zugefügten Unrechts", die Berufung eines neuen Bürgermeisters etc. gefordert wurden.

Im Auftrag der Einwohnerversammlung fuhr Pfarrer Mitzenheim mit zwei weiteren Vertretern des Dorfes am 15. Juni zum Berliner Landwirtschaftsministerium, um die Resolution dem Landwirtschaftsminister zu übergeben.

In den frühen Morgenstunden des 18. Juni wurde Mitzenheim verhaftet. Am 18. Juli 1953 wurde er in einem Schauprozess in Erfurt zusammen mit drei Mitangeklagten verurteilt. Mitzenheim erhielt sechs Jahre Zuchthaus.

In Ludwigsdorf, eine Ortschaft mit ca. 1.800 Einwohnern in der Nähe von Görlitz, schritten am 17. Juni gegen 14.30 Uhr einige Dutzend Bewohner zur Tat. Bewaffnet mit

Knüppeln drangen sie in das Büro des Bürgermeisters ein, forderten ihn zum Rücktritt auf und verlangten die Herausgabe der Kartei, auf der die Ablieferungspflichten der Bauern vermerkt waren. Als er sich weigerte, bekam er ein Wilhelm-Pieck-Bild auf den Kopf geschlagen.

Andere Dorfbewohner besuchten den LPG-Vorsitzenden, um ihm seine Absetzung mitzuteilen, und zogen zum örtlichen Kalkwerk, dessen Arbeiter vollzählig in den Streik getreten waren. Am Abend des 17. Juni erschien dann ein massives Polizeiaufgebot, welches sieben so genannte "Rädelsführer" verhaftete.¹³

In Bad Tennstedt bei Erfurt, eine Ortschaft mit ca. 3.300 Einwohnern, war es der örtliche Pfarrer Gerhard Sammler, der sich an die Spitze eines zunächst kleinen Demonstrationzuges stellte, der bald auf 500 Leute anwuchs. In einem Bericht des MfS heißt es hierzu:

„Am 17.06.1953 gegen 17.30 Uhr erfolgte in Bad Tennstedt eine Demonstration mit Transparenten, die durch ca. 10 bis 12 Personen begonnen wurde.

Die mitgeführten Transparente waren wie folgt beschriftet:

Freiheit für Zeiss (Mühlenbesitzer),

Wir fordern eine Steuerreform.

Wir fordern eine neue Regierung. (...)

Auf dem Rathausplatz war diese Menge auf ca. 500 Menschen angewachsen. Als erster Redner ergriff Pfarrer Sammler das Wort und sagte u.a.: Es lebe die Freiheit.

Weiter: Es ist Zeit, die Regierung abzulösen.

Und die Menge sprach danach den Vers des Deutschlandliedes im Chor. Im Anschluss sagte ein Mitglied der LDPD, wir müssen uns der Diktatur der SED entziehen. Zum Schluss dankte der Pfarrer für den Mut der Menschen und stimmte das Lied an: Nun danket alle Gott."¹⁴

IV. Resümee

Solche Beispiele ländlichen Widerstands in den Tagen um den 17. Juni '53 finden sich weit mehr, als hier dargestellt werden kann.¹⁵ Der 17. Juni steht also nicht nur für einen Arbeiteraufstand sondern vielmehr für einen Volksaufstand, an dem sich nahezu alle Schichten der Bevölkerung beteiligten. Dies ist auch kaum überraschend, hatte doch die SED seit der 2. Parteikonferenz, Juli 1952, nahezu der gesamten Bevölkerung den sozialen Krieg erklärt.¹⁶

Bereits ihr Kirchenkampf war ein Kampf gegen 9/10 der Bevölkerung, denn bei der ersten Volkszählung nach 1945 auf dem Gebiet der DDR hatten sich über 90 Prozent zu einer christlichen Bindung bekannt.

Der Beginn der Kollektivierung der Landwirtschaft zielte auf die Vernichtung bäuerlicher Familienbetriebe: im Dezember startete die Volkspolizei DDR-weit eine groß angelegte Aktion, um den privaten Groß- und Einzelhandel zu liquidieren. Mit der "Aktion Rose" im Frühjahr 1953 an der Ostseeküste, in deren Verlauf nahezu 500 Hotel- und Pensionsbesitzer verhaftet und enteignet wurden, kam ein weiterer Zweig des mittelständischen Gewerbes ins Visier der SED.¹⁷

Die vom Politbüro im April '53 beschlossenen Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel und die faktischen Preiserhöhungen für Textilien, Schuhe, Windeln etc. im Wege der Abschaffung jener Punktkarten, mit denen bisher - gemessen an den HO-Preisen - diese Produkte verbilligt gekauft werden konnten, traf in besondere Weise Rentner und schlecht verdienende Arbeiterfamilien. Die Streichung der Lebensmittelkarten zum 1. Mai 1953 für ca. 2 Mio. DDR-Bewohner zwang diese, nun Grundnahrungsmittel zu den Wucherpreisen der HO einkaufen zu müssen.

Schließlich kam der Höhepunkt mit dem Beschluss des Politbüros der SED über eine allgemeine Normerhöhung von 10 Prozent, der vom Ministerrat der DDR übernommen und

verabschiedet wurde. Zusammen mit den zuvor erfolgten Preiserhöhungen war dies ein besonders krasser Angriff auf die Lebensbedingungen von Mio. Arbeiterfamilien.

So wird verständlich, warum nicht nur Arbeiter, sondern nahezu alle Bevölkerungsgruppen zu

rebellieren begannen, als die SED Schwäche zeigte und die Berliner Bauarbeiter am 16. Juni mit ihren massiven Demonstrationen und Streiks begannen.

Zum Autor:

Falco Werkentin

geb. 1944; mittlere Reife 1961 in Berlin-Weißensee, Abitur 1966 in Berlin- Moabit;

Studium der Soziologie an der FU Berlin, langjähriger Redakteur der Zeitschrift "Bürgerrechte und Polizei (CILIP)", seit Mitte der 70er Jahre diverse Forschungsprojekte und Publikationen zur bundesdeutschen Polizeigeschichte und zur Politik innerer Sicherheit; 1980 Promotion mit einer Arbeit zur bundesdeutschen Polizeigeschichte; seit 1991 Arbeiten zur DDR- Strafjustiz, stellvertr. Landesbeauftragter für die Unterlagen der Staatssicherheit in Berlin.

Quellen

- 1 Erstsending ARD 7. Mai 2003
- 2 Erstsending ARD Mai 2003
- 3 Erstsending ZDF 3. Juni 2003
- 4 Ein Verzeichnis der Orte ist zu finden bei Ilko-Sascha Kowalczuk,: 17. Juni 1953 - Volksaufstand in der DDR. Ursachen - Abläufe - Folgen, Bremen 2003, S. 284ff.
- 5 Vgl. hierzu die detaillierte Darstellung von Wolfgang Bell: Enteignungen in der Landwirtschaft der DDR nach 1949 und deren politische Hintergründe, Münster-Hiltrup 1992, Schriftenreihe des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Reihe A, H.413
- 6 Beschluss als Anlage 11; Protokoll vom 11.12.51, BArch SAPMO DY 30 J IV 2/2/182
- 7 Ebd.
- 8 Zeugenaussage W. M., Dähre, 14.1.52, BStU ZA 298/58, Bd. 1
- 9 Halle, den 1.2.52, Bericht Wegeleben, BArch SAPMO DY 30 IV 2/5/319
- 10 Urteil des Strafsenats I des BG Suhl, Sitz Meiningen, vom 23.9.51, Az.: I KLS70/52
- 11 Vgl. Armin Miner / Stefan Wolle: Untergang auf Raten - Unbekannte Kapitel der DDR- Geschichte, München 1993, S. 27ff.; Armin Mitter: „Am 17. Juni haben die Arbeiter gestreikt, jetzt aber streiken wir Bauern“. Die Bauern und der Sozialismus, in: Ilko-Sascha Kowalczuk / Armin Mitter / Stefan Wolle (Hg.): Der Tag X - 17. Juni 1953: Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1995, S. 75-12R; Falco Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1997, 2. Aufl., S. 127f.
- 12 Hier wird der ausführlichen Darstellung der Ereignisse in Eckolstädt gefolgt, die zu finden ist in Ilko-Sascha Kowalczuk: 17. Juni 1953 - Volksaufstand in der DDR. Ursachen - Abläufe - Folgen, Bremen 2003, S. 214ff.
- 13 Hier der Darstellung von Thomas Flemming: Kein Tag der deutschen Einheit. 17.Juni 1953, Berlin 2003, S. 113f. folgend.
- 14 MfS, Information Nr. 1005 a: Verhalten der Geistlichkeit der katholischen und evangelischen Kirche zu den Ereignissen am 17. und 18. Juni 1953, BStU, Allg. S. 9/57, Bd. 3b
- 15 Vgl. Literaturhinweise in Fußnote 11.
- 16 Hierzu ausführlich Falco Werkentin: Der totale soziale Krieg - Auswirkungen der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2002, Berlin 2002, S. 23-54.
- 17 Vgl. Falco Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1997, 2. Aufl., S. 56ff.

Unser Land habt Ihr - uns habt Ihr noch lange nicht

Beitrag des Historikers Falco Werkentin über den bäuerlichen Widerstand gegen die Zwangskollektivierung auf der Podiumsdiskussion am 25. April 2010 in Kyritz

Soweit Sie aus bäuerlichen Familien kommen wird jeder - und jede - von Ihnen weitaus authentischer als ein Historiker aus der eigenen Familiengeschichte heraus anschaulich machen können, mit welcher Brutalität die SED seit der Bodenreform ihr Ziel verfolgte, den auf Grundbesitz beruhenden bäuerlichen Familienbetrieb als Lebensgrundlage und Lebensweise zu zerstören und ich hoffe, dass einige von Ihnen sich noch zu Wort melden werden. Damit will ich mit meinem Beitrag auch nicht konkurrieren.

Was ich als Historiker leisten kann, ist Ihnen und der breiteren uninformierten Öffentlichkeit zu zeigen, welche Belege sich in den Akten der SED, der Volkspolizei, des Ministeriums für Staatssicherheit und der Justiz finden für die gewalttätige Vernichtung der auf Bodeneigentum begründeten traditionellen bäuerlichen Lebensweise. Zugleich sind diese Akten aber auch eine reiche Quelle an vielfältigen Zeugnissen bäuerlichen Widerstands gegen diese Entwicklung.

Allerdings ist es die bäuerliche Lebensgrundlage selbst, die Widerstand besonders schwierig macht: Die Bindung an den eigenen Grund und Boden als Existenzvoraussetzung und die Notwendigkeit der täglichen Versorgung von Stall und Feld. Anders als der Lohnarbeiter kann der Bauer nicht streiken, anders als der Lohnarbeiter kann der Bauer nicht den Ort bzw. Betrieb wechseln, wenn lokal der Druck zu groß oder die Solidarität zwischen Schicksalsgenossen zu gering ist. Das Vieh nicht zu versorgen, das Feld nicht zu bestellen, oder den eigenen Hof zu verlassen – all dies hätte zwangsläufig zur Folge, die an den eigenen Boden gebundene Existenzgrundlage aufzugeben. Es blieben den Bauern folglich nur wenige Möglichkeiten des Widerstands.

Zunächst zur Bodenreform des Jahres 1945. Eine Bodenreform in Deutschland hatte ihre

historische Berechtigung. Wann immer Sie in Texte zur deutschen Agrargeschichte schauen, werden Sie nachlesen können, in welchem Umfang und mit welcher Brutalität spätestens seit dem 15. Jahrhundert ein massives Bauernlegen begann und die Ritterschaft sich große Güter zusammenraubte, indem zunehmend eine freie Bauernschaft enteignet und schließlich zu großen Teilen in Leibeigenschaft oder Erbuntertänigkeit gepresst wurde. Mecklenburg und Vorpommern sind dafür ein besonders deutliches Beispiel.

Doch was im September 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone hier in Kyritz von Wilhelm Pieck als Bodenreform ausgerufen wurde, war der Beginn einer Entwicklung, in der es nicht darum ging, historisches Unrecht aufzuheben. Vielmehr war es ein Prozess, an dessen Ende 1960 die völlige Liquidierung des auf den Besitz von Boden begründeten bäuerlichen Familienbetriebes stand. Daher fehlt dieser Bodenreform jegliche historische Rechtmäßigkeit oder Legitimität.

Die Partei „Die Linke“ hat gestern hier am selben Ort eine Gegenveranstaltung zur heutigen Veranstaltung des Bauernbundes gemacht. Es hätte mich sehr gereizt, daran teilzunehmen. Denn es interessiert mich sehr, wie „Die Linke“ damit umgeht, dass sich auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nach 1990 ein neues Junkertum mit Gutsflächen von bis zu 6.000 Hektar entwickelt hat. Zwar sind diese neuen Gutsbesitzer keine adligen Ritter mehr – wohl aber vielfach Genossen aus der Agrar-Nomenklatur der SED, die sich diese Flächen im Prozess der Auflösung der LPGen zusammengerafft haben, um das Wort zusammengeraubt zu vermeiden. Bauern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen – darum ging es der KPD, der SED und der heutigen Nachfolgepartei nicht.

Mit Jens Schöne teile ich die These, dass bereits die Bodenreform der erste Schritt zur Kollektivierung war, indem sie zu Hunderttausenden Neu- und Kleinbauernhöfen führte, die wirtschaftlich nicht überlebensfähig waren, aber die Sozialstruktur im Dorf veränderten und faktisch zu einem neuen Landproletariat aus Neubauern führte, für die der Weg in die LPG ab Sommer 1952 die letzte ökonomische Rettung war. Zugleich diente die Bodenreform der SED dazu, im Dorf ein ihr gegenüber loyales Klientel zu schaffen – jedenfalls war dies die Hoffnung der Partei. Und schließlich setzte die SED auch darauf, dass auf diesem Wege im Dorf der Sozialneid der wirtschaftlich schwachen Klein- und Neubauern gegen die wirtschaftlich erfolgreicherer Altbauern politisch genutzt werden konnte. Immerhin standen 1950 den etwa 166.000 Mittel- und Großbauern über 10 Hektar mehr als 450.000 Kleinbauern unter zehn Hektar gegenüber, die nur knapp 43 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschafteten.

Und so begann ab 1948 die zweite Phase – der Klassenkampf gegen die Großbauern – analog zum Kampf gegen die so genannten Kulaken in der Sowjetunion. Zum zentralen Instrument wurde ab 1948 die Justiz, die Tausende Prozesse gegen Großbauern mit dem Ziel der Enteignung unter dem Vorwurf führte, das von ihnen geforderte besonders hohe Ablieferungssoll nicht erfüllt zu haben. Die Justiz wurde zum „Hebel der gesellschaftlichen Umwälzung“, wie es 1959 ein hoher Justizfunktionär formulierte. Flankiert wurde diese Agrarpolitik, die im Kern allerdings nicht Agrar- sondern sozialistische Gesellschaftspolitik war, durch vielfältige Einschränkungen bei der Ausstattung mit Betriebsmitteln und durch ständige Erhöhungen des Ablieferungssolls mit dem Ziel, Großbauern die Erfüllung der Ablieferungspflichten unmöglich zu machen.

Beispielhaft ist ein Prozess im Jahre 1951 in Dähre, einem größeren Dorf in der Altmark, den ich in gebotener Kürze knapp skizzieren will. Am 11. Dezember 1951 hatte das Politbüro der SED einen „Beschluss über die unverzügliche Aufholung der Rückstände in der Erfüllung der Erfassungspläne für landwirtschaftliche Erzeugnisse“ gefasst. Zur Durchsetzung des Beschlusses eröffnete am 19. Dezember, 8 Uhr, Sachsen-Anhalts Landwirtschaftsminister Willi Maikath eine Sitzung in Salzwedel. Dabei legte Maikath fest, dass noch am selben Tag zwei Prozesse gegen Großbauern zu führen seien, und benannte zugleich die Abzuurteilenden. Gegen 12.30 Uhr trafen zwei Volkspolizisten in Dähre ein, die den betreffenden Bauern festnahmen. Gegen 13 Uhr erhielt ein Staatsanwalt den Auftrag, noch am selben Tag in Dähre einen Prozess zu führen. Gegen 14.30 Uhr bekam ein Richter die Nachricht, dass er am Abend in Dähre einem Prozess vorsitzen müsse. Der Schauprozess selbst begann gegen 19.30 Uhr im örtlichen Schulgebäude. Der Verhandlungsraum war mit dreißig bis vierzig Dorfbewohnern, den Justizfunktionären, einigen Volkspolizisten, dem Angeklagten und einigen Sachverständigen gefüllt. Die agitatorische Botschaft der Inszenierung kam bei den Zuschauern nicht an. In einem internen Bericht ist zu lesen: Die herangezogenen Sachverständigen bestätigten, dass von diesem Bauern nicht zu vertretende Flurschäden die Erfüllung des Ablieferungssolls verhindert hätten. Dessen ungeachtet verkündete gegen 20.30 Uhr der Richter das am Vormittag von Minister Maikath gefällte Urteil: Ein Jahr und sechs Monate Zuchthaus sowie die Einziehung des Hofes. Als gegen 20.40 Uhr Volkspolizisten den Verurteilten ins Gefängnis fahren wollten, wurde er von Dorfbewohnern befreit, so dass er flüchten konnte. Dies hatte Folgen.



Bauer Adolf Behne aus Dähre in der Altmark

Im Juni 1952 sprach das Bezirksgericht Magdeburg gegen vier an der Befreiung Beteiligte Haftstrafen aus. Einer von ihnen, Adolf Behne, erhielt dreieinhalb Jahre Zuchthaus, verlor selbstverständlich seinen Hof und flüchtete nach der Entlassung in die Bundesrepublik. Ich habe Adolf Behne 1992 kennengelernt und im Grunde erst durch ihn begriffen, was für einen Bauern der Besitz von Grund und Boden und die Verpflichtung gegenüber der Familientradition bedeuten. Denn auf meine erstaunte Vorhaltung, warum er nicht selbst auch geflüchtet sei, da er doch mit seiner Verhaftung hatte rechnen müssen, erklärte er, er hätte sich einfach nicht überwinden können, die Heimat und den in vierter Generation von seiner Familie geführten Hof zu verlassen. Kollektive Widerstandsaktionen wie die in Dähre blieben angesichts der Härte, mit der das Regime reagierte, allerdings selten.

Nachdem ab Sommer 1952 auf Weisung der SED die ersten LPGen freiwillig von Neu- und Kleinbauern gegründet wurden, radikalisierte die SED Ende 1952 ihren Kurs in Richtung Kollektivierung – erneut mit einer Vielzahl von Prozessen, denen sich Bauern nur durch die Flucht in die Bundesrepublik entziehen konnten. In den so genannten Großbauernbeschlüssen des

Politbüros der SED vom 3. Februar 1953 heißt es unter anderem: „Wenn Grossbauern darum ersuchen, ihren Boden über fünf bis acht Hektar – je nach Bodenklasse – zur Verfügung zu stellen, ist dieser durch den Kreisrat zu übernehmen, wenn der Grossbauer eine Erklärung abgibt, dass er diesen Boden niemals zurückfordern wird. Wollen (...) Grossbauern durch Aufteilung ihrer Wirtschaften an Verwandte sich als Kleinbauern ausgeben, so ist die Aufteilung vom Kreisrat zu untersagen.“ Großbauern wurde nicht einmal erlaubt, „freiwillig“ LPG-Mitglieder zu werden. Sie sollten als soziale Gruppe in Gänze vernichtet werden.

Das Ergebnis dieser Praxis zeigt sich in vermehrten Enteignungen und steigenden Fluchtbewegungen. Allein in den zwölf Monaten vom Juli 1952 bis Juni 1953 ließen über 15.000 Bauern Haus und Hof zurück und flüchteten in die Bundesrepublik. Dieser totale soziale Krieg, den die SED seit der 2. Parteikonferenz im Juli 1952 in gleicher Schärfe auch gegen mittelständische Unternehmer und Gewerbetreibende im gesamten Land anzettelte und schließlich auch die Arbeiter mit der Drohung von Normerhöhungen traf, führte zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953. In diesen Tagen kam es in der Tat zu jenem Bündnis von Arbeitern und Bauern, von dem die SED-Propaganda seit Jahren geschwärmt hatte, allerdings unter anderen Vorzeichen. Denn nicht nur in den Großstädten, sondern gerade auch in vielen Dörfern und ländlichen Regionen kam es zu Revolten und Demonstrationen gegen die Regierung.

Viele LPGen lösten sich nach dem 17. Juni wieder auf – die SED bot den Bauern einen Burgfrieden an. Enteignet und in die Bundesrepublik geflohenen Bauern wurde das Angebot gemacht, ihre Höfe wieder zu übernehmen. Doch nur wenige nahmen dieses Angebot an. Nach einigen Jahren relativer Ruhe wurde der Kollektivierungskurs ab Ende 1958 wieder verschärft. Erneut war es der Vorwurf, dass die selbstständigen Bauern ihr Ablieferungssoll nicht erfüllen würden, der herangezogen wurde, um in

gerichtlichem Verfahren Bauern zu enteignen oder vor die Alternative zu stellen „Zuchthaus oder LPG-Eintritt“. Dabei tat die SED alles nur denkbare, um bäuerlichen Betrieben die Erfüllung des Ablieferungssolls unmöglich zu machen.

In einem Bericht des Ministeriums der Staatssicherheit an das Zentralkomitee der SED vom 9. Januar 1958 beispielsweise wird der Traktorenbestand bei Einzelbauern bemängelt: „In unserer gesamten Republik hat der Bestand an Traktoren bei Einzelbauern innerhalb eines Jahres um rund zehn Prozent, d. h. von 20.000 auf 22.000 zugenommen. In einem umfassenden Bericht über die Lage der Landwirtschaft, den wir für das ZK erarbeitet haben, wurde auf diese Erscheinung besonders hingewiesen. Von uns wurde eine Reihe wichtiger operativer Maßnahmen eingeleitet, die diesen Zustand beseitigen sollen.“ Für vollgenossenschaftliche Dörfer erteilte das Ministerium des Inneren der Volkspolizei am 6. April 1960 neue Weisungen: „Soweit Einzelbauern, die jetzt in die LPG eingetreten sind, Eigentümer oder Besitzer nicht zugelassener Traktoren sind, ist schnell und unbürokratisch die Zulassung dieser Traktoren vorzunehmen, um sie durch die LPG voll ausnutzen zu können. Dabei sollte auch überprüft werden, inwieweit der Entzug der Fahrerlaubnis bei ehemaligen Einzelbauern, die jetzt Mitglieder der LPG sind, noch aufrechterhalten werden muß.“

Es wiederholte sich also die Praxis aus den Jahren vor dem 17. Juni 1953. Das Regime entzog selbstständigen Bauern nach und nach die Arbeitsmittel, um dann die Überlebensversuche als moralisch und strafrechtlich verwerfliche Verbrechen auszugeben und mit Haftstrafen verfolgen zu können. Der Erfolg der neuen Kollektivierungskampagne schlug sich unmittelbar im Anstieg der Republikflucht ab 1959 und der Zahl der sogenannten Staatsverbrechen auf dem Lande nieder. Bei Bauernprozessen wurde nicht einmal davor zurückgeschreckt, mit gefälschten Protokollen Vorwände für eine Verurteilung zu konstruieren:

Dem Bauern Alfred Heiland aus Mose bei Magdeburg etwa wurde 1960 vorgeworfen, dass bei der Hausdurchsuchung versteckte Waffen aus dem Zweiten Weltkrieg gefunden worden seien. In seiner Stasi-Akte konnte Heiland 1993 zwei Hausdurchsuchungsprotokolle finden, beide vom selben Tag, beide unterzeichnet vom selben Volkspolizisten:

In dem einen Protokoll ist ein Waffenfund verzeichnet, im anderen Protokoll ist von Waffen mit keinem Wort die Rede.

Als der bis dahin aufgebaute Druck immer noch nicht ausreichte, um alle Mittel- und Großbauern zur Aufgabe zu zwingen, schritt die SED daher im Frühjahr 1960 zum finalen Kampf, wie Sie wissen. Zehntausende sogenannter Agitatoren zogen in die Dörfer, um eintrittsunwillige Bauern zum Eintritt in die LPG zu bewegen. In manchen Dörfern marschierten die sogenannten „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ mit Lautsprecherwagen auf, um der Forderung nach LPG-Eintritt Nachdruck zu verschaffen. Die auf den beiden Folgeseiten gezeigten Dokumente sprechen für sich.

Bauern und selbst Landarbeiter wehrten sich weiter: Im Bericht der Deutschen Volkspolizei zur Lage der Landwirtschaft vom 5. Juli 1960 ist von zahlreichen Beschädigungen landwirtschaftlicher Geräte und beachtlichen Viehverendungen die Rede: „Die staatsgefährdenden Delikte, die sich unmittelbar gegen die sozialistische Entwicklung der Landwirtschaft richten, sind in den Monaten März und April 1960 gegenüber den Monaten Januar und Februar 1960 stark angestiegen.“ In ihrer Verzweiflung schritten manche Bauern sogar zum Selbstmord, wie das Ministerium für Staatssicherheit beobachtete, um zugleich wortreich dem jeweiligen Einzelfall individuelle Probleme zuzuordnen.

Die Kollektivierung der Menschen im ländlichen Raum war mit der Kollektivierung des Bodens allerdings längst nicht vollzogen. So finden wir in den Akten der SED eine Vielzahl an Berichten über Produktionsgenossenschaften, aus

denen die Mitglieder wieder austraten, und über andere Formen ländlichen Widerstands. So berichtet etwa die Bezirksleitung Dresden im Juli 1961 von verstärkten Austrittserklärungen: 478 Bauern, vor allem in den Landkreisen Löbau, Zittau, Bautzen und Kamenz, hätten die Genossenschaft wieder verlassen. Dabei wurden teils republikfeindliche Losungen verbreitet, zum Beispiel diese: „Wir machen jetzt LPG Typ IV, der Bauer im Westen, die Felder bleiben hier.“

Kurz nach dem Mauerbau war im August 1961 in der Fachzeitschrift für DDR-Juristen „Neue Justiz“ zu der rechtlichen Problemstellung ein klärendes Wort zu lesen: „Ein Jahr nach der sozialistischen Umgestaltung kann deshalb für keinen Bauern mehr die Frage eines Austritts aus der LPG stehen, weil das einen Rückschritt sowohl für die Gesellschaft als auch für ihn selbst

bedeuten würde. Es wäre überdies eine Unterstützung des Klassenfeindes, die moralisch verwerflich und mit der sozialistischen Gesetzlichkeit unvereinbar ist. Gesetzliche Bestätigung einer vollzogenen Entwicklung durch das höchste Organ des Volkes heißt, daß dieser Zustand von niemandem rückgängig gemacht werden kann.“

Gleichwohl, LPG-Austritte gab es noch bis in den Oktober 1962, obwohl das Politbüro der SED Ende 1961 nicht einmal davor zurück schreckte, zur Festigung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften Todesurteile gegen Bauern anzuweisen, die für die Auflösung einer LPG im Sommer 1961 verantwortlich gemacht worden waren. Wer kann da noch vom „Sozialistischen Frühling“ reden, ohne schamrot zu werden?

VEB ELEKTROMOTORENWERKE THURM

Werk I: THURM

Werk II: PLAUEN

Werk III: GERA

Werk IV: SCHÖNHEIDE

Werk V: WERDAU



Absender: VEB Elektromotorenwerke Thurm, Thurm/Sachsen

An den
Genossen

Sämtlicher Schriftverkehr
ist an das Werk I Thurm
zu richten.

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Ihrer Zeichen

THURM, den

BPO - W/R

11.1.1966

Parteiauftrag

Lieber Genosse

In Auswertung des 7. Plenums des ZK und auf Beschluß des Büros der SED-Kreisleitung Zwickau-Land erteilen wir Dir folgenden Parteiauftrag:

Du wirst als ständiger Agitator bei dem

Einzelbauer Degenkolbe, Bruno (13,91 ha)
in Niedermülsen Nr. 24

zusammen mit dem Genossen Wagner, Bernhard eingesetzt.

Dieser Parteiauftrag hat so lange Gültigkeit, bis Du o.a. Bauer für den Eintritt in die LPG Morgenröte Niedermülsen gewonnen hast.

Bis zum 30.1.1966 erwarten wir die erste schriftliche Kurzinformation über die erfolgte Aussprache. Des weiteren sollst Du monatlich das Betriebskomitee für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft von Deinen weiteren Aussprachen informieren. Grundlage der Aussprachen sind die Referate und Diskussionen auf dem 7. Plenum.

Mit sozialistischem Gruß

- Klinge -
stv. Werkdirektor

- Wolf -
1. Sekretär

Telegramm-Anschrift:
Telex 8743 Elektro Thurm
Fernschreiber:
0578743 Elektro Thurm
Fernruf:
Mülsen 255-258 u. 322
Abt. Absatz 402

Bankkonten:
DNB Zwickau, Konto 1501
Bank-Kenn-Nr. 114210
VF-Stelle Karl-Marx-Stadt
VF-Stelle Berlin
Postcheckkonto Leipzig
17580

Bahnanschriften:
Werk I Frachtgutsendungen: Mosel/Se.
Waggonsendungen: Lichtenstein/Sa.
Personenverkehr: Zwickau od. Glauchau
Weiterfahrt mit Autobus
Werk II Plauen/Vogtl., Unt. Bahnhof
Werk III Gera/Süd
Werk IV Schönheide-Mitte

Der Bauer Stiehler und seine Einstellung zu unseren staatlichen Organen!

Seit Wochen und Monaten versuchen fortschrittliche Werktätige und Funktionäre der Parteien und Organisationen die Einzelbauern von Grünstädtel zu überzeugen,

daß durch gemeinsame Arbeit die landwirtschaftliche Produktion gesteigert wird

daß durch die Anwendung der sozialistischen Technik die Arbeit erleichtert wird

daß der sozialistischen Großraumwirtschaft - der LPG - die Zukunft gehört!

Bauer Stiehler beschimpft aber die Vertreter der staatlichen Organe mit »Halsabschneider«.

Wer sind Halsabschneider?

Der Bürgermeister Barthel, der den werktätigen Bauern hilft, ihre Ernte verlustlos einzubringen

der den werktätigen Bauern den Absatz ihrer Produkte sichert, der aktiv an der Erhaltung des Friedens und am Aufbau des Sozialismus schafft?

Oder die alten Faschisten, die mit Konzentrationslager, Strick und Peitsche diktierten, die der Zeit nachtrauern, wo die Gerichtsvollzieher in den Gehöften ein- und ausgingen

die die Politik des »Reichsnährstandes« vertraten und heute in Westdeutschland mit dem Lübke-Plan fortsetzen?

Das war, ist und bleibt eine Halsabschneide-Politik!

Bauer Stiehler hätte allen Grund, aus seiner Vergangenheit bessere Lehren zu ziehen.

Im Volksmund heißt es:

***Was ich selber denk' und tu'
trau' ich anderen Leuten zu!***

Wir sagen: ***Kehr um, Bauer Stiehler!*** Du mißbrauchst die sozialistische Demokratie! Die Mehrheit der werktätigen Bauern hat eine bessere Einstellung zu unseren staatlichen Organen.

Dazu kommt, daß der Bauer Stiehler im Betrieb Arno Kunzmann nichts dagegen unternimmt, wenn trotz Verbot ein »Ab-Hof-Verkauf« getätigt wird. Es ist anzunehmen, daß er weiß, daß man damit den Kindern die Milch und den Werktätigen die Butter entzieht und damit eine geregelte Versorgung der Bevölkerung stört.

Es wäre gut, noch einmal nachzudenken, ob diese Äußerung nicht mit einer besseren Einstellung zu unseren staatlichen Organen, und zur sozialistischen Entwicklung wieder gutgemacht werden kann.

Der Bauer Stiehler

hat Gelegenheit, in der nächsten Bauernversammlung und in der Presse dazu Stellung zu nehmen.

Die Werktätigen wollen nicht, daß Grünstädtel ein einzelbäuerliches Museum wird und sagen den werktätigen Bauern:

Nur der ist ein guter Bauer, der das Neue fördert, der bestrebt ist, der Gesellschaft das Größtmögliche zu geben.

Nur der ist ein fortschrittlicher Bauer, der nicht nur an sich, sondern auch an uns denkt, der sich für den Sieg des Sozialismus und für die Erhaltung des Friedens aktiv einsetzt!

Helft alle mit bei der Organisierung der sozialistischen Großraumwirtschaft!

Nationale Front

des demokratischen Deutschlands
- Kreisausschuß Schwarzenberg -

Der Bauernaufstand von Jessen

von Rudolf Hildebrand (†)

Kurzbericht zur Lage am 17.06.1953

Am 16. Juni 1953 spitzte sich die politische Situation in Berlin so zu, dass wir Bauern es als Zeichen werteten, nun ist der Tag X gekommen, wo gehandelt werden muss.

Bei den Maßregelungen der Gesetzgebung waren die Schrauben überdreht.

Im Ort wurde ein Bauer am gleichen Tag verhaftet, wie auch eine Bäuerin zum 2. Mal. Wir waren zur Hilfeleistung in Axien unterwegs. Hier kursierte die Nachricht von einer bevorstehenden Zwangsumsiedlung. Da solche schon in anderen Orten (z. B. Gerbisbach mit vier Familien) praktiziert

worden war, bedurfte es keiner Nachfrage. Die Verhaftungen nahmen zu, wie auch die Verurteilungen. Die Verhaftungen erfolgten nur nachts, man wollte durch einen physischen/psychischen Terror die Menschen weich machen. Analog flüchteten viele bäuerliche Familien in Richtung Westen. Nun war die Stunde X gekommen, um Solidarität zu den Betroffenen zu zeigen. Die Dorfstraße war voller gestikulierender und diskutierender Menschen - ein noch nie dagewesenes Bild. In dieser Situation sonderten wir vier Bauern uns ab, wir wollten die einmalige Chance unter uns nutzen. Wir hatten Krieg und Gefangenschaft durchlebt und hegten keine Illusionen. Ernsthaft und sachlich wurden alle Risiken einer Demonstration und deren Organisation unter den Bedingungen der Besatzungsmacht detailliert

durchgesprochen. Es war kein Sandkastenspiel, dennoch durfte keine Frage offen bleiben. Ziel war eine Demonstration in Jessen. In 6 Punkten fassten wir unsere Forderungen direkt an die Funktionärsclique zur Realisierung zusammen, darunter auch die Freilassung



der Inhaftierten. Es wurde beschlossen, dass jeder in eine Richtung fährt und jedes erreichbare Dorf (soweit die Füße tragen) aufsucht. Dort wiederum sollten aufrichtige zuverlässige Bauern angesprochen werden. Man kannte die Einstellung vieler Bauern im Umkreis. Wir unterbreiteten vertrauenswürdigen Bauern unseren Plan. Wir hatten innerlich den aufbauenden Eindruck, als wartete jeder auf ein solches Zeichen und wir wiederum auf einen Dominoeffekt. Jeder trägt diese Nachricht in die entlegensten Bauernhöfe. Diese nächtliche Fahrt war kräfte- und nervenzehrend und die Zeit lief uns davon.

Befehl Nr. 1

Erklärung des Ausnahmezustandes im Kreis Jessen (Elster)

I. Im Zusammenhang mit den Ereignissen der faschistischen Elemente im Kreis Jessen, welche sich zeigten in Demonstrationen und Drohungen gegen die staatlichen Organe, erkläre ich den Ausnahmezustand, und ich werde in Zukunft im Sinne des Ausnahmezustandes handeln.

Auf Grund des Befehls des ersten Hohen Kommissars der Sowj. Zone in Deutschland befehle ich:

- | | |
|--|--|
| <p>1. Allen Bürgern, welche im Kreis Jessen wohnen, ist es verboten, irgendwelche Veranstaltungen u. Demonstrationen durchzuführen.</p> <p>2. Ab 19.00 Uhr sind alle Restaurants, Kinos und andere Einrichtungen zu schließen.</p> | <p>3. Alle Bürger dürfen sich nur in der Zeit von 6.00 Uhr bis 20.00 Uhr auf der Straße bewegen.</p> <p>4. Alle Personen, welche diesen Befehl übertreten, werden nach dem Kriegsgesetz zur Verantwortung gezogen.</p> |
|--|--|

Jessen, den 17. Juni 1953

**Der Kreiskommandant
des Kreises Jessen (Elster)**

Der Treffpunkt war für 8:00 Uhr früh auf dem Markt in Jessen festgelegt. Äußerste Disziplin war die Devise dieses Tages. Als einige 100 Bauern versammelt waren, begaben wir uns zum Kreml, dort sollte mit den Funktionären deutlich gesprochen werden. Als wir dort ankamen, erwarteten uns schon die Funktionäre. Es sah nach einem großen Empfang aus. Sie wollten uns aber sofort maßregeln und damit sagen: Im Sozialismus sind solche Art Demos strengstens verboten. Hierbei verfielen die Funktionäre in einen Ton, den wir als politischen Nachhilfeunterricht werteten. Wir waren drei Sprecher, einer davon war ich. Ich konterte mit noch lauterer Stimme: "Unter euch SED-Genossen sind mehr ehemalige Nazis, als Sie, Herr Bergmann glauben." Ich zählte sofort mit Namen und Adresse und früheren NS Dienstgrad einige jener Funktionäre auf. Dann war einige Minuten Funkstille, aber wir hinterfragten zwischendurch nach diesem oder jenem Namen, mit dem Zweck, noch mehr Unsicherheit in dieses Chaos zu bringen. Einigen stand im Gesicht geschrieben, dass sich ihr abgemeldetes verschwiegenes Gewissen wieder zurückmeldete. Das Verhalten dieser Funktionärsclique zeigte zunehmende Verunsicherung. Unsere Worte hatten den richtigen Nerv getroffen. Ich kannte einige Genossen schon seit der Hitlerzeit 1933, aus diesem Disput wurde ein Heimspiel. Von uns wurden in 6 Punkten zusammengefasste Forderungen gestellt. Ohne Zeitverzug, d. h. unter Druck sollte die Realisierung erfolgen. Lange Verzögerungen durch Unterredungen unter den Funktionären waren von uns nicht gewollt. Dennoch war die Funktionärsclique letztlich, zwar widerwillig doch Bereitschaft zu zeigen. Als erstes Zeichen waren mündliche Zusicherungen der Beendigung der Zwangsevakuierung, die Beendigung von Verhaftungen jeglicher Art, die Beendigung von Devastierungen (Fremdbewirtschaftung durch Dritte), Erlassung der Planwirtschaftsschulden, sofortige Ausgabe von Schlachtescheinen.

Hierbei waren die eifrigsten Genossen diejenigen, die ich kurz vorher mit Namen genannt hatte. Ohne Fragestellung wurden an einem herbeigeholten Tisch Schlachtescheine ausgestellt. Diese zusichernde Tragweite wurde noch nicht richtig erkannt. Der wichtigste Punkt des ganzen Unternehmens war die Befreiung der Inhaftierten. Hierzu forderten wir den Staatsanwalt mehrmals auf, nachdem es lautstark verkündet war: Die Freilassung aller Inhaftierten. Der Staatsanwalt zeigt sich immer nervöser und seine Hautfarbe wechselte von weiß - gelb - zu rot. Versteinert waren seine Gesichtszüge, ein Kopfschütteln die Antwort.

Unsere Frage konkret und deutlich: „Herr Staatsanwalt, Sie sind gefragt,“ dabei zupfte ich an seinem Rockärmel. Die Kulisse von 500 Bauern wurde unruhig. Plötzlich riefen Massen laut, aber diszipliniert: „hängt das rote Schwein auf“ eine andere Gruppe Bauern rief noch lauter: „schlagt den roten Hund tot.“ Wie kam es, dass dieser Mann seinen Standpunkt fast bis zum letzten Augenblick nicht änderte? Ohne unser Wissen war in der Nacht unsere gesamte Demonstration verraten worden. Aus Archiven, die uns nach 1989 zugänglich sind, wurden Unterlagen über diese Judasse gefunden. Nun erklärt sich auch das eisige Verhalten des Staatsanwaltes. In dieser Nacht wurde in allen Dienststellen Großalarm gegeben. Auch ein Truppenteil der Roten Armee mit MPs bewaffnet, wurden in Einsatzstellung gebracht. Sie besetzten alle Räume des Schlosses und hinter jedem Fenster, mit Sicht zum Innenhof, war Schussfeld geschaffen worden. Der Staatsanwalt war berechnend eiskalt. Seine Hoffnung war, dass wir uns zu Randalen hinreißen lassen würden. Es wäre die Stunde des Staatsanwaltes gewesen, entsprechende Befehle zu geben, dass Rotarmisten eingreifen sollten. Unser Befehl war Disziplin, immer und immer wieder wurde sie jedem eingehämmert.

Kurzer Abriss unserer Demonstration am 17. Juni 1953 Jessen/Elster

Die Absicht des Staatsanwaltes ging ins Leere. Plötzlich entschloss sich dieser Mann zu einem Gespräch. Seine Frage lautete: Wie soll die Fahrt zur Freilassung erfolgen? Darauf kam unsere Antwort: Sie Herr Staatsanwalt haben dafür gesorgt, dass unzählige Bäuerinnen und Bauern inhaftiert wurden und Sie wissen auch, in welchem Zuchthaus sie sich befinden. Wir baten den Fuhrunternehmer Matthes, der seine Fahrzeuge in der Nähe abgestellt hatte, für eine solche Fahrt bereit zu sein. Herr Matthes war selbst Demonstrant unter uns. Bereitwillig holte er seine Fahrzeuge vor Ort.

Nun baten wir dieses Scheusal Staatsanwalt in einen Lkw zu steigen, aber zu unserer Sicherheit fuhr ein Mann von uns vierten mit. Die schnelle Reaktion des Staatsanwaltes ersparte ihm einige harte Schläge von Bauernfäusten. Den letzten Punkt 6 hatten wir auf den Weg gebracht. Noch war nicht klar, ob die diplomatisch sorgfältig vorbereitete Aktion zum Erfolg führt. Es würden einige Stunden der Ungewissheit vergehen. Noch hatten wir alles im Griff, waren mit dem bisher erreichten zufrieden. Die Verhandlungen im Schlosshof beendeten wir ohne weitere Diskussionen.

Wir zogen zum Marktplatz zurück. Wir drei verbliebenen Anführer bekamen durch zwei weitere Bauern Unterstützung. Wir konnten die Massen der über 1000 Bauern nicht dem Selbstlauf überlassen, um bis zur Rückkehr der Lkws zu warten, außerdem kamen noch immer Neuzugänge dazu. Um die Bevölkerung über den Sinn und Zweck unseres Hierseins zu informieren, beschlossen wir kurzfristig eine Demonstration durch die Stadt. Wieder waren kurzfristige Entscheidungen notwendig. An der Spitze des Demonstrationszuges bildeten wir mehrere Sprechchöre, je zwei Verantwortliche waren dafür zuständig. Diese gaben auch die Themen im Wechsel vor, die wir vorher abgesprochen hatten. Zunächst begab sich unser Demonstrationszug in die Straßen südwestlich der Elster.

Die an den Straßenrändern stehende Jessener Bevölkerung bildete aus Sympathie ein begeistertes Spalier. Auch die Demonstranten wurden sich ihrer Aufgabe immer bewusster und damit kam auch noch mehr Begeisterung. Aber plötzlich bemerkten wir, dass sich die Sprechchöre im Eifer selbst aus der Kontrolle brachten. Die einfache Erklärung unsererseits war, dass es solche Art Demonstration, überhaupt Demonstrationen noch niemals gegeben hatte. Die Beteiligten wollten dabei ihren berechtigten Frust ablassen und gerieten durch die monotonen Stimmen, dabei andere Sprechchöre zu überstimmen, ungewollt in ekstatisches Verhalten. Jeder von uns bangte, dass die Verhaltensweisen in Pöbelhaftigkeit ausarten. Um keinen Preis durfte das unserer Demonstration unterstellt werden können. Wir ließen den Zug an der Elsterbrücke zum Halt bringen und wollten beruhigend auf die Massen einwirken. Plötzlich hatte einer aus dem Demonstrationszug die geniale Idee !!, wir müssten Transparente haben. Dieser Gedanke war ein Geschenk des Himmels, sofort wurden von uns diese Gedanken aufgegriffen und Handlungen ergriffen. Ganz in der Nähe befanden sich zwei Handwerksbetriebe, die in der Lage wären, Transparente anzufertigen. Unsere Vorsprache stieß auf begeisterte Bereitschaft. Beide Meister überlegten keine Minute und mit unserer Hilfe und den Textvorgaben waren in kürzester Zeit 10 Transparente angefertigt. Sie bestanden zwar nur aus Tapetenpapier, Farbe für den Text und je 2 Holzleisten. Voller Begeisterung wurden die Transparente nun an die etwas ruhigere Masse verteilt. Die Träger dieser Transparente waren stolz darauf. Sie wurden auch mit Stolz getragen und behandelt, als wäre es ein Heiligtum. So gerüstet, bewegte sich der Demonstrationszug durch die ganze Stadt. Sichtbar war durch die jeweiligen Losungen auf den Transparenten der jeweilige Sinn und Zweck der ganzen Veranstaltung. Nur sehr wenige erfuhren von den Ereignissen auf dem Schlosshof.

Nun erst wurde der am Straßenrand stehenden Bevölkerung bewusst, um welche Zielstellung es sich handelte. Das erste Transparent zeigt die Aufschrift: "Wir fordern freie Wahlen für alle Deutschen", das zweite Transparent zeigt die Aufschrift "Beseitigung der SED-Kreisverwaltung". Viele Sympathierufe schallten uns entgegen. Es kamen auch einige Sympathisanten aus den Betrieben, die sich dem Zug anschlossen. Weil die Begeisterung auch in den Betrieben vorhanden war, bewegte sich unser Demonstrationzug durch die ganze Stadt bis zu den Ziegeleien der Gorrenberge.

Nach 13:00 beschlossen wir eine verdiente Ruhepause einzulegen. Leider waren die Getränke in den Geschäften sofort ausverkauft. Auf Initiative der Jessener Frauen wurden auf schnellste Weise Teegetränke zubereitet und verteilt. Völlig abgekämpft warteten die Massen auf die nun bald zu erwartenden Lkws. Es kam zu keinerlei Ausschreitungen während dieser Wartezeit. Tatsächlich vernahm man aus der Ferne Geräusche von Holzvergasermotoren. Nach einiger Zeit kamen tatsächlich die Fahrzeuge, beladen mit dem größten Triumph des Tages, den befreiten 30 Inhaftierten, auf dem Markt vorgefahren. Die 30 befreiten Häftlinge wurden unter unbeschreiblichem Jubel empfangen. Um eigentlich der Stunde gerecht zu sein, hätten die Kirchenglocken läuten müssen. Unser Freudenjubiläum sollte aber nicht lange währen. Bald erschienen sowjetische Panzer, sie blockierten alle Zugangsstraßen zum Markt. Einer der Panzerkommandanten stieg aus und kam auf unsere große Gruppe Menschen zu. Der Panzerkommandant forderte gestikulierend, aber mit Bestimmtheit, die sofortige Räumung des Marktplatzes. Alle verließen diszipliniert den Platz. Im tiefsten Inneren beseelt von dem großartigen Erfolg, begaben wir uns auf den Heimweg. Dort warteten auf dem Hof noch viele Pflichten. Noch in der Nacht wurde uns mitgeteilt, dass man unseren Mitstreiter Ulrich Knieling soeben abgeholt, also verhaftet hatte. Nun gab es für uns drei kein Zögern - Zeitverlust mehr, wir mussten

schnellstens die Flucht ergreifen. So schnell musste der Abschied von der Familie sein. Viele Wochen waren wir auf der Flucht. Ständig wechselten wir den Standort und fanden immer wieder hilfsbereite Bekannte, Freunde und Verwandte, die uns gut versorgten. Wir richteten einen gut funktionierenden Kurierdienst ein, dieser bestand aus zuverlässigen Bauernjungen. Damit sicherten wir die Verbindung nach Hause und den Nachrichtenaustausch. Leider brachten uns diese Jungen schon am dritten Tag eine schlimme Nachricht. Am vorigen Morgen in der Frühe kamen drei Überfallkommandos, umstellten und sicherten unsere Höfe, sie suchten uns und machten dabei eine gründliche Haussuchung. Da wir nicht zu finden waren, verwickelten diese Stasileute unsere Väter und Schwiegerväter in Drohsprache. Die alten Herren ließen sich von solchen Banditen nichts unterstellen, erst recht keine Anschuldigungen. Diese Banditen legten meinem Schwiegervater und dem Vater von Hans-Dieter Henze die Handschellen an und als Verhaftete wurden sie nach Cottbus transportiert. Das war ein harter Schlag für unsere Familien, nun war keine männliche Kraft mehr am Hof, die Frauen mussten allein zurecht kommen. Es waren wahre Höchstleistungen, die von ihnen vollbracht wurden. Nicht der neue Kurs, den Ulbricht angekündigt hatte, brachte für uns eine Erlösung, sondern die revolutionären Machtkämpfe in Moskau waren ausschlaggebend. Die Machtkämpfe verbreiteten sich in dem Arbeiter- und Bauernstaat, denn hier waren Machtkämpfe im Justizapparat der Unruheherd. Der Justizminister Max Fechner hatte eine Generalamnestie erlassen, alle diejenigen Beteiligten am 17. Juni, die nicht



randalierten, keine Sabotageakte verübten, gingen straffrei aus. Des Weiteren wurde Ulbricht von den sowjetischen Machthabern wegen seiner groben Innenpolitik gemäßigelt. Wären solche Unruhen im Grenzgebiet der westlichen Alliierten geschehen, wären Konflikte dieser Weltmächte nicht ausgeblieben. Nun wurde Max Fechner, der schon lange auf der Abschussliste stand, abgesetzt und abgeurteilt.

Endlich kam die "Rote Hilde" und Erich Mielke zum Zuge und Ulbricht wurde langsam zur Marionette. Dieses von Ulbricht wahrgenommen, machte ihn innenpolitisch noch gefährlicher. Wir gingen durch die Amnestie straffrei aus, alle anderen blieben unbehelligt. Nur die Stasi nahm ihre Schnüffelaktionen zunehmend war.

Zeitzeugen

Unterkaka, den 29.04.2003

Dokumentation zur Zwangskollektivierung

Am 01.06.1951 kaufte mein Vater in einer Zwangsversteigerung einen herrenlosen Betrieb mit 32 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Zu Gunsten der Kreissparkasse Weißenfels war dieser Betrieb mit 36.000,00 DM belastet (1945 umgeschuldet von der Landwirtschaftlichen Bank der Provinz Sachsen zur Kreissparkasse Weißenfels).

Trotz erfolgten Kaufes kündigte die Kreissparkasse Weißenfels am 12.02.1953 das Hypothekendarlehen fristlos, um den Fortbestand des Betriebes zu unterbinden (Kopie liegt bei) und die DDR zu verlassen. Zu diesem Zeitpunkt war mein Vater jedoch noch nicht als neuer Besitzer im Grundbuch eingetragen.

Die Kündigung wurde nach dem 11.06.1953 (neuer Kurs) zurückgenommen und die Hypothek der Bauernbank übertragen. Somit konnte mein Vater am 05.09.1953 als Besitzer im Grundbuch eingetragen werden.

Im April 1960 schlossen sich alle Bauern unseres Dorfes unter Zwang zusammen und bildeten eine LPG des Types 1. Diese wurde zum 01.07.1972 in die LPG Typ III des Nachbarortes integriert.

Am 01.10.1990, inzwischen als Erbe des Betriebes eingesetzt, begann ich als Wiedereinrichter den Betrieb in eigener Regie neu aufzubauen.

Ausschnitt aus Schreiben von der Kreissparkasse Zeitz vom 12.2.1953

Betr.: Hypothekendarlehen Nr. 605W

Wir kündigen hiermit das dem Bauer Kurt Löber gewährte Hypothekendarlehen Nr. 605W von ursprünglich DM 36.000,- zum 01.09.1953, da die Sparkasse für die Gewährung landwirtschaftlicher Kredite nicht mehr zuständig ist.

Wir bitten, bis 20.2.1953 uns geeignete Rückzahlungsvorschläge zu unterbreiten.

Hochachtungsvoll

Kreissparkasse Zeitz

Gedanken „Gegen das Vergessen“

Von einer Hauswirtschaftsdirektorin a. D.

Coburg, 25.04.2003

Gegen das Vergessen anzustehen, das sind wir unseren Vorfahren schuldig, das meinte ich auch, als ich meiner Mutter (gest. 1995) riet, unser Land (ca. 85 ha LN) mit den zum Besitz gehörenden Gebäuden im Zuge der Wiedervereinigung zurückzufordern.

- Mit der Zwangskollektivierung sind bäuerliche Existenzgrundlagen vernichtet worden.
- Mit der Verabsolutierung sozialistischen Denkens ist der bäuerliche Mensch seiner Identität beraubt worden.
- Nicht nur die wirtschaftliche Unabhängigkeit ist ihm genommen worden, auch alle Weite der bäuerlichen Lebens- und Arbeitswelt sind zielbewusst zerstört worden.

Meine Mutter war Alleinerbin des ältesten Bauerngeschlechtes einer Gemeinde im Mansfelder Land. Das Geschlecht kann seine Wurzeln bis ins 14. Jahrhundert zurück verfolgen.

- Der Hof wurde bis 1943 von den Großeltern bewirtschaftet und war dann verpachtet.
- 1943 verstarb die Großmutter, 1944 folgte ihr der Großvater.
- 1945, mit Ende des Krieges, wurde der Pächter aus politischen Gründen des Kreises verwiesen.

Meine Mutter war seit 1936 in Franken verheiratet. Mit Kriegsende im April 1945 bombte unsere junge Familie durch den Beschuss der Amerikaner aus. Mutter stand mit 3 Kindern allein und mittellos da. Vater galt als in Russland vermisst - was lag näher, als dass Mutter sich ihren Besitz in Sachsen-Anhalt

zuzuwenden versuchte. Über Jahre bemühte sie sich um Auskünfte über die dortigen Nachkriegsverhältnisse und die nunmehr gegebenen politischen Gegebenheiten bei den Behörden. Alle Auskünfte - wenn sie denn kamen - waren dürftig und glichen Ausreden.

Schließlich gab Mutter auf und sah sich auch ihres elterlichen Besitzes beraubt.

1949 kam unser Vater als Spätheimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück. Der Aufbau einer Existenz für die Familie im - aus Sicht eines DDR-Bürgers - "Goldenen Westen" zehrte an der Gesundheit und der Lebenskraft unserer Eltern und legte uns Kindern große materielle Entbehrungen auf.

Elternhaus und Schulen erzogen uns trotz allen Mangels zu wahrheitsliebenden, tatkräftig zupackenden, dem Luthertum und dem Vaterland verpflichteten Menschen. Auf Anerkennung seitens der Mitmenschen konnten wir nur rechnen - so wurden wir gelehrt - wenn wir Leistung erbringen würden.

Dem Landvolkverband Sachsen-Anhalt e. V. trat ich in der Hoffnung bei, an einem befriedigenden Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands mitzuhelfen. Ich sah meine Wurzeln in Sachsen-Anhalt. Leider ist meine bisherige Erfahrung die:

Die Bürger in den neuen Bundesländern haben kein Interesse an unserem harten Lebenskampf nach Ende des Krieges.

Die gleiche Gesinnung - nämlich auf den anderen Teil des Vaterlandes zuzugehen - ließ in mir auch die Entscheidung reifen, soweit es mir möglich sein würde, den Besitz der Vorfahren zu sanieren und in einen ansehnlichen Zustand zu versetzen. Aus meiner

heutigen Sicht war dieses Unterfangen äußerst problembeladen.

Trotz aller Erfahrungen, die ich in den letzten 10 Jahren in Sachsen-Anhalt habe sammeln können, wünsche ich, dass ich es noch erlebe, dass die bäuerlichen Tugenden auch im Lande meiner Vorfahren wieder gelebt werden. Als solche betrachte ich:

- Verbundenheit mit der eigenen Scholle
- Hausfleiß
- Sparsamen Umgang mit den Ressourcen
- Naturverbundenheit
- Gehorsam gegen den Schöpfer und Gottvertrauen.

Ich wünsche allen Mitgliedern des Verbandes viel Kraft, Ausdauer und Gottes Segen.

Anlässlich des 50. Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953

Jeder kann sich vorstellen, wie viel "Überredungskunst" es doch gebraucht hat, nachdem mein Vater aus dem Zuchthaus nach Hause kam, ihn zum Eintritt in eine LPG „freiwillig“ zu bewegen.

Mein Vater gehörte zu den Mittelbauern. Mit 17 ha Eigentum und etwa der gleichen Zupachtfläche war der Betrieb meines Vaters aber ein Dorn im Auge der deutschen Kommunisten.

Gerüchten zufolge sollten auf dem Gemeindebüro Listen derjenigen Bauernfamilien existieren, die als nächstes "an die Reihe" kommen sollten. Der 17. Juni 1953 war für den Hof noch ein ganz normaler Arbeitstag, aber durch den Rundfunk gab es immerzu Berichte, dass Allenlanden das Volk im Aufstand war. So ging auch mein Vater abends zum Gemeindebüro und verlangte zusammen mit anderen Bauern Einsicht in die Listen. Aus Angst vor dem berechtigten Zorn flüchteten sich der Bürgermeister und seine engsten Mitarbeiter mit einem Sprung aus dem Fenster und insofern konnte es zu keinen leiblichen Auseinandersetzungen kommen.

Am nächsten Tage wurde mein Vater von der Polizei der DDR verhaftet, ihm wurden Schnürsenkel und Gürtel und Hosenträger abgenommen und er wurde nach Halle in "Den roten Ochsen" gebracht. Der Versuch der Vertretung über einen Rechtsanwalt scheiterte

und hat letztendlich auch nur Geld gekostet. Während der Verhandlung wurde meinem Vater staatsfeindliches Handeln vorgeworfen und er wurde als Freund der „Adenauer Klicke“ zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt

Zu der Verhandlung waren auch andere Bauern aus dem Dorf gekommen und als der Staatsanwalt die Anklage vorlas, rief einer in den Saal, dass der Vorwurf gar nicht wahr sei. Daraufhin erklärte der Staatsanwalt, dass er sich Ruhe im Saal ausbitte und im Übrigen gehöre ja wohl der Zwischenrufer ebenfalls nach vorn auf die Anklagebank.

Die 2 1/2 Jahre Zuchthaus hat mein Vater bis auf den letzten Tag im Zuchthaus Untermassfeld abgesehen.

Mein damals 18-jähriger Bruder hat versucht die Wirtschaft weiterzuführen, aber Landarbeiter aus dem Dorf haben statt den Jungen zu unterstützen, das vom Hof gestohlen, was irgend möglich war. Vermutlich wegen der Überarbeitung und infolge der mangelnden Möglichkeit, auf gute Medizin zurückgreifen zu können, ist mein Bruder mit 19 Jahren gestorben. Noch nicht einmal zur Beerdigung des leiblichen Sohnes haben die Kommunisten meinem Vater Urlaub gegeben.

Nach der Wiederherstellung freiheitlich rechtstaatlicher Ordnung auf dem Gebiet der DDR habe ich meinen Vater rehabilitieren lassen. Für die Jahre im Zuchthaus hat die Familie

keinen Pfennig Entschädigung erhalten. Und es ist für mich schon bitter, auf der anderen Seite zur Kenntnis nehmen zu müssen, dass dieselbe Bundesrepublik sehr großzügig mit

Ansprüchen von ehemaligen SED-Bonzen umgeht.

Marianne V. aus W.

Bericht über Geschehnisse im Zusammenhang mit dem Volksaufstand am 17.06.1953 in Derenburg, Kreis Wernigerode

Im Frühjahr 1953 waren durch die bauernfeindliche Politik des SED-Regimes in der DDR 6 Bauern gezwungen, einen Antrag auf Devastierung zu stellen. Das bedeutete für sie, sich vom gesamten landwirtschaftlichen Familienbesitz zu trennen und aus dem eigenen Haus auszuziehen. Die Verhandlung über den Antrag dieser 6 dauerte weniger als eine Stunde!

Der Sohn des Bauern Albert Henne mit seiner Familie als Bewirtschafter war nach der Devastierung in die BRD übergesiedelt, da ihm eine Mitarbeit auf eigenem Besitz verweigert wurde. Albert Hennes Mutter Alma, geb. Jütte, war die Cousine meines Vaters, Walter Jütte. Die alte Frau musste ebenfalls aus ihrer Wohnung ins Derenburger Hospital ziehen.

Bei den Unruhen um den 17.06.1953 erschien mein Vater auf dem Rathaus und verlangte

vom Bürgermeister „Kunath“, dass seine Cousine Alma Henne wieder in ihre alte Wohnung einziehen kann. Der Bürgermeister, der vorher die Bauern schikaniert hatte, war nun eingeschüchtert und willigte ein.

Ich selbst habe dann mit unserem Pferdegespann die Möbel zu ihrer Wohnung in der Kornstraße transportiert und sie war einigermaßen zufrieden. Nachdem der Volksaufstand, der eigentlich ein Arbeiteraufstand war, niedergeschlagen worden war, musste nach einem viertel Jahr Alma Henne wieder ihre Wohnung verlassen.

Alle Zugeständnisse während der Unruhen am 17. Juni waren nur noch Schall und Rauch und wurden gebrochen.

Wolfgang Jütte

Halberstadt, März 2003

Bericht über historische Geschehnisse und Zusammenhänge im Zeitraum des Volks- und Arbeiteraufstandes um den 17. Juni 1953 im Elektromotorenwerk ELMO Wernigerode

Zunächst zur Herkunft und dem Verhalten des sogenannten "Provokateurs" Baake: Helmut Baake, geb. September 1926 in Derenburg, war das 8. von 10 Kindern seines ehrlich an kommunistische Ideale glaubenden Vaters Fritz Baake. Der Vater war anerkanntes O. d. F., war korrekt und selbstlos und lehnte

auch nach 1945 jegliche persönliche Vorteile ab. So wurden auch die Kinder erzogen. Sohn Helmut lernte vor der Einberufung zur Wehrmacht Schlosser und nach der Rückkehr aus der Gefangenschaft fing er im ELMO-Werk Wernigerode als PKW-Fahrer an. Er wurde bald in die BGL-Betriebsgewerkschaftsleitung gewählt. Allmählich erkannte er den

Widerspruch zwischen der Theorie von Marx und der realen Praxis. Seinem Vater gegenüber hielt er sich mit seiner Meinung zurück, aber der Vater spürte die Zweifel des Sohnes an dieser Theorie. Baake setzte sich für die Belange der Kollegen ein.

Als am 05.03.1953 der Diktator Stalin starb, schöpften viele mehr Hoffnung auf mehr Freiheit. Die Diskussionen wurden offener geführt. Als dann in Berlin auf der Stalin-Allee ausgerechnet Arbeiter demonstrierten, entstanden überall Unruhen und die Werktätigen forderten geringere Normen, Meinungsfreiheit und keine Bevormundung durch die SED. Auch im ELMO-Werk Wernigerode wurde demonstriert und H. Baake stellte sich als BGL-er hinter die Forderungen der Arbeitskollegen. Er wurde nach der Niederschlagung des Aufstandes verhaftet, jedoch mit der Auflage, sich zu weiteren Vernehmungen bereit zu halten, vorläufig entlassen.

Er verließ noch in der Nacht die DDR und begab sich über West-Berlin in die BRD, wo er heute in Salzgitter noch wohnt. Dort war er jahrzehntelang Betriebsangehöriger und wurde demokratisch in den Betriebsrat gewählt, wo er die sozialen Belange der Arbeiter vertrat. Seine Frau kam 2 Wochen später ebenfalls hinterher. Die Betriebszeitung des ELMO-Werkes vom 21.12.1953 (siehe Anlage) schildert H. Baakes Verhalten aus Rachegefühl, um die brutale Niederschlagung mit Hilfe sowjetischer Panzer zu rechtfertigen. Auch an diesem Beispiel erkennt man, dass die Entwicklung anders verläuft, als es Diktatoren wollten!

Wolfgang Jütte

*Als Klassenkamerad von Helmut Baake
Halberstadt, März 2003*

Anlage zum Bericht W. Jütte/Baake ELMO-Werk

(Zeitungsausschnitt „Unser Motor“ Nr. 35 vom 21. Oktober 1953)

Auch mit Baake werden wir abrechnen!

Dem Provokateur Baake ist es zwar gelungen, westflüchtig zu werden, doch wird er durch diese Flucht nicht verhindern können, dass er eines Tages seine gerechte Strafe erhält. Glaubt er und alle die, die wegen ihres provokatorischen Verhaltens am 18. Juni und nach dem 18. Juni 1953 die Deutsche Demokratische Republik verlassen haben, dass die Spaltung Deutschlands ewig bestehen wird? Da irren sie sich gewaltig! Die Einheit Deutschlands werden wir erringen, trotz aller Anstrengungen des Feindes dies zu verhindern. Die ständig wachsende Kraft der Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik, der immer stärker werdende nationale Kampf der Arbeiter Westdeutschlands

und aller Patrioten, sowie die unerschütterliche Kraft des Weltfriedenslagers sind der Garant für unseren Sieg. Der Tag der Wiedervereinigung Deutschlands ist nicht mehr fern. Glaubt der Provokateur Baake, dass der Ami ihn dann als Reisegepäck mitnehmen wird? Dieser hat bestimmt andere "Felle" in Sicherheit zu bringen. An Baake wird er sich dann schwerlich erinnern können. Aber wir um so sicherer!

Was wollte überhaupt der Provokateur Baake? Er wollte ein erneutes Blutbad anrichten, denn dies beweist sein Ausspruch gegenüber dem Kollegen Feldheim, zu dem er sagte: "Die Bäume werden nicht ausreichen, wo wir euch

dran aufhängen werden." Ihn hat es nicht gereut, als er in den Jahren 1943-1945 bei der Waffen-SS das Handeln der Faschistischen Schergen unterstützte. Er wollte weiterhin unschuldige Arbeiter morden und dem USA-Imperialismus zu einem neuen Weltkrieg verhelfen. Nichts zeigt deutlicher seine Einstellung zu den Errungenschaften der Arbeiterklasse als seine Äußerung: "Ich könnte das Werk brennen sehen, das würde mich nicht stören. Ich würde mich ruhig auf die andere Seite im Bett herumdrehen und weiterschlafen."

Das, was wir im jahrelangem schweren Ringen uns aufgebaut haben, das kann nach seiner Meinung ein Raub der Flammen werden. So denkt kein Arbeiter und so handelt erst recht kein Arbeiter. So handeln nur oberflächliche Elemente.

Am 17. Juni 1953, gegen 17.00 Uhr, kam Baake zum Eingang der Südwache und erklärte dem VP-Oberwachtmeister Tammler, dass er jetzt aus Magdeburg käme und dort allerhand los sei. In den Betrieben würde gestreikt und morgen wird hier gestreikt. Woher wusste Baake bereits am 17. Juni 1953, dass am anderen Tag im ELMO-Werk gestreikt wird? Beweist das nicht, welche Rolle Baake in unserem Betrieb spielte?

Er forderte den Kollegen Tammler weiter auf, nicht von der Waffe Gebrauch zu machen, sondern die Arbeiter ruhig streiken zu lassen.

Den Kollegen Brüning, welcher jetzt beim Deutschen Roten Kreuz beschäftigt ist, drohte er, ihn vor das Streikkomitee zu bringen, wenn er die Arbeit aufnehmen würde.

Am 19. Juni 1953, als dann die Kollegen des Fahrbetriebes (außer Baake) die Arbeit wieder aufnahmen, ließ sich Baake am Abend von

dem Kollegen Burtzlaff ein Fahrrad, mit der Begründung, er müsste verschwinden, da sie in der Nacht alle festnehmen wollen.

Äußert so etwas jemand, der angeblich „unschuldig“ ist? Ganz bestimmt nicht.

Aber solche, die der Arbeiterklasse in den Rücken fallen, haben es nötig, so zu handeln. Als am Sonnabend die Ruhe im Betrieb wieder hergestellt war, kehrte Baake aus Derenburg mit dem Fahrrad zurück. Dies sind nur einige Beispiele über den Provokateur Baake, die jedoch ausreichen, um ihn genauestens zu charakterisieren und die aussagen, dass sich jeder ehrliche Arbeiter und Kollege von ihm abwende.

Wenn auch Baake beteuerte, er sei unschuldig, und es ihm gelang, die staatlichen Organe zu täuschen, so dass sie ihn aus der Haft entließen, warum ergriff er dann die Flucht? Damit beweist er doch, dass er nicht so unschuldig ist. Und warum veranlasste er Dublitzky ebenfalls zur Flucht? Weil beide gemeinsame Sache machten und gegen unsere demokratische Gesetzlichkeit verstoßen haben.

Das ist das wahre Gesicht Baakes und deshalb gebührt ihm die gerechte Strafe. Niemals wird sich unsere demokratische Gesetzlichkeit gegen die Arbeiter und Kollegen richten, die sich am 17. Juni 1953 durch die Provokateure irreführen ließen. Hier wird es unsere Aufgabe sein, sie auf den richtigen Weg zu bringen und sie durch Beharrlichkeit von der Richtigkeit der Politik unserer Partei und der Regierung zu überzeugen. Unsere demokratische Gesetzlichkeit wird aber hart und unbittlich angewandt gegen die Elemente, die es wagen, die Errungenschaften der Arbeiterklasse zu beseitigen. Dies fordert jeder anständige und ehrliche Arbeiter.



Organisationsstruktur Deutscher Bauernbund e.V.

Präsident:
Kurt-Henning Klamroth
Schäferrei 225
06502 Thale OT Westerhausen

Landesgeschäftsstelle:
Adelheidstr. 1
06484 Quedlinburg
Tel.: 03946 / 70 89 06
Fax: 03946 / 70 89 07
e-mail: bauernbund@l-online.de
Internet: www.bauernbund.de
Geschäftsführerin: Annekatriin Valverde

Vorstand

Vizepräsident:
Bernd Roder
Otto-Nuschke-Str.1
08134 Wildenfels OT
Härtensdorf
Tel.: 037603 / 26 18
Fax: 037603 / 5 06 52

Vizepräsident:
Eckart Weirich
Mühlenhof
99510 Zottelstedt
Tel.: 03644 / 55 90 10
Fax: 03644 / 55 90 09

Vizepräsident:
Jochen Dettmer
An der Eiche 6
39356 Flechtingen OT Belsdorf
e-mail: dettmer@bauernbund.de

Schatzmeister:
Henning Wiersdorff
Am Preussenfriedhof 1
39397 Grönningen

Mitgliedsverbände

Bauernbund Sachsen-Anhalt e.V.
Präsident:
Jochen Dettmer
An der Eiche 6
39356 Flechtingen OT Belsdorf
Geschäftsführerin:
Annekatriin Valverde
Tel.: 03946 / 70 89 06
Fax: 03946 / 70 89 07
e-mail:
sachsen-anhalt@bauernbund.de

Bauernbund Sachsen e.V.
Präsident:
Bernd Roder
Otto-Nuschke-Str.1
08134 Wildenfels OT
Härtensdorf
Tel.: 037603 / 26 18
Fax: 037603 / 5 06 52

Bauernbund Thüringen e.V.
Präsident:
Eckart Weirich
Mühlenhof
99510 Zottelstedt
Tel.: 03644 / 55 90 10
Fax: 03644 / 55 90 09

**Brandenburg,
Mecklenburg-Vorpommern**
Einzelmitgliedschaften

Landvolk Oberhansitz e.V.
Präsident:
Udo Kreischner
Hauptstr. 4
02899 Schönau-Berzdorf
an der Eigen

**Kooperation mit VDL
(Bundesverband Deutscher
Landwirte)**
Präsident:
Roland Freiliger von Fritsch
Hauptstr. 34a
04519 Rackowitz

Heimatverdrängtes Landvolk e.V.
Präsidentin:
Elisabeth Salomon
Rittergut Orpensdorf
39606 Hanssestadt Osterburg
OT Orpensdorf
Tel.: 039392 / 8 15 59
Fax: 039392 / 9 14 50